

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund
Industrieberband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

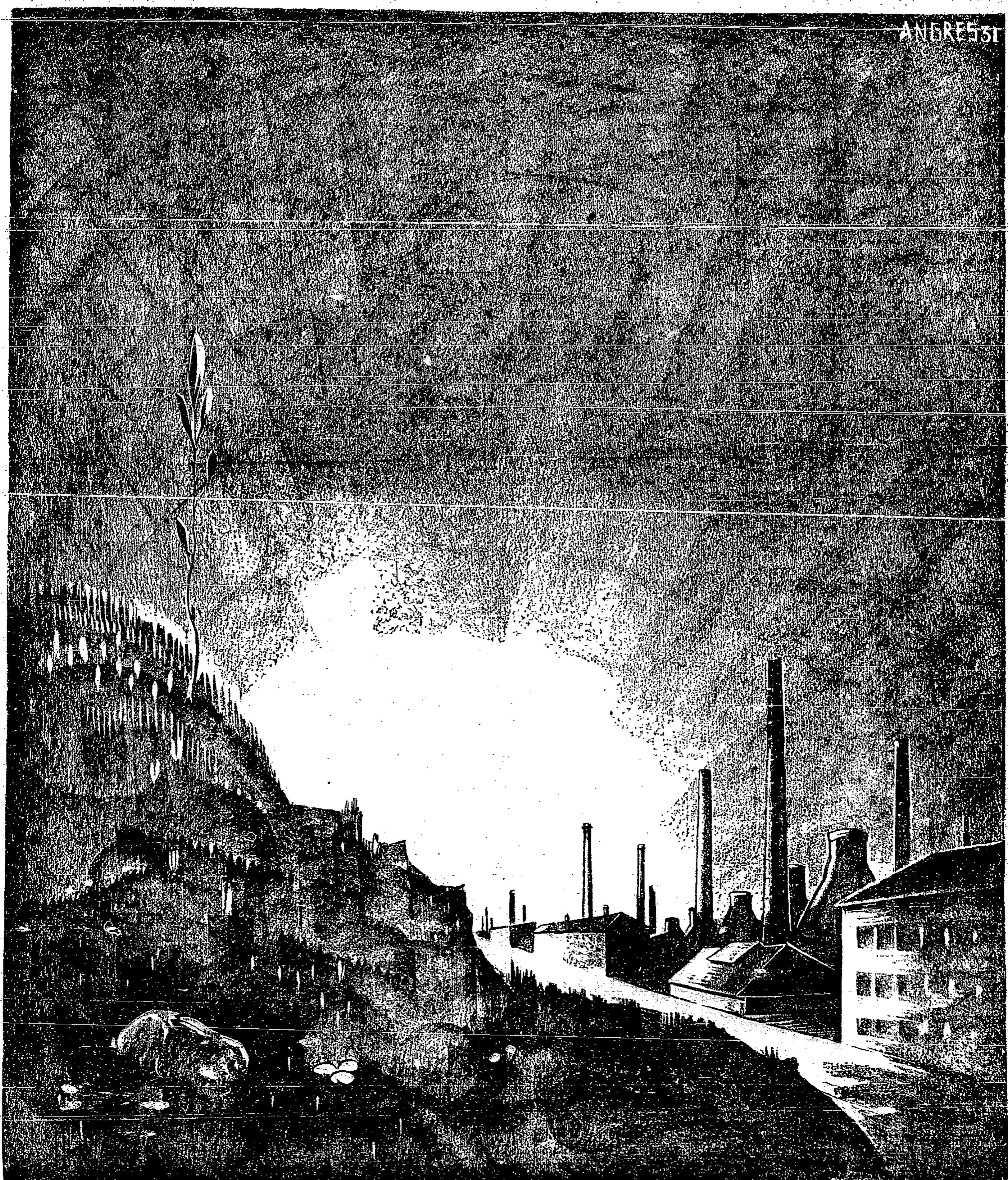
Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Verkaufsstelle: Charlottenburg 1, Brabicht 2-5. — Verkauf: Amt. Wilhelm 5646 u. 5647.

Nummer 14

Berlin, den 4 April 1931

6. Jahrgang

ANERES 531



Ostern, das Fest des Frühlings, 1931

Der Auferstandene.

Sie hatten ihn, so heißt es, getreut und begraben. Und damit hatten sie gesagt, auch den Gedanken begraben zu haben, den er gefunden hatte. Hinsichtlich war die Welt der Pharisäer und Römler. Der Revolutionär war nicht mehr.

Sie wußten es nicht, daß es das Wesen des revolutionären Gedankens ist, aufzuerstehen. Zu vergehen, um immer neu da zu sein. Der revolutionäre Gedanke ist das Bewegende der Geschichte, und der revolutionäre Gedanke ist, über die Geschichtszeit nicht.

In den Jahrhunderten redete er sich hier und dort, Wirtschaftlich, religiös, geistig. Und man trat das erwachende soziale Recht mit Gewalt nieder. Und man verbrannte den geistigen Empörer Symbol. Gefreut und begraben hatte man doch mit dem Leibe die Idee der Freiheit gleicher Menschen für immer.

Aber dann gingen die drei Tage der Weltgeschichte zu Ende. Diese drei Tage des weltgeschichtlichen Werdens, die wir Menschen des schnellen Vergebens 2000 Jahre zu nennen gewohnt sind. Und siehe da: die Erde drohte, die Welt wannte in ihren Fesseln. Es schwante der Ordnung des Lebens das Fundament. Ihr habt den Leib getreut, daß der Gedanke nur um so nachvoller ersteht aus dem Gefängnis des Grabs, in das ihr Kursächsigen ihn für alle Zeiten dämmen zu können gesucht hat.

Er ist auferstanden, der Geist der Liebe und der Freiheit, und den leidet nun auch das Reich Gottes hier auf dieser Welt. Hört auf die Stimme des Auferstandenen, ihr Gequälten! Hört auf das Kampfwort seines Glaubens gegen Mannum, gegen Götzendienst! Hört auf das Göttliche, daß da aus der Bewegung des Volkes zu euch spricht!

Hört ihr es nicht? Könnt ihr es immer noch nicht vernehmen? Versteht ihr denn immer noch nicht das heilige Wort? Witten unter uns allen ist er, der Auferstandene. In seinem Menschenbruder, der sucht und glaubt, erkennt und will. In deiner Menscheneschwester, die da in Verantwortung über das Leben die Faust hält. In deinen Kindern, denen das Leben dieses Innerliche, Heile, Göttliche, so oft umklammert, daß aus der verzerrten Seele heraus einst dann der Empörer wird, der Auferstandene, seine gernachtete Liebe zu retten zur Freiheit.

Du siehst nur Rotes? Du siehst nur Rot und Kampf? Du siehst nur Rügen um den Pfennig und nur Sorge um das Brot?

Der Auferstandene ist in allen Tönen auf die Seele, die da in freiheitswollenden Menschen nach Lohn und nach Brot verlangt. Höre auf den heiligen Gerechtigkeitsgedanken, der sich da in diesem so müchnen erscheinenden Existenzverlangen erzwingt! Höre auf die glaubende Liebe, die da debt: es muß durch kämpferische Gestaltung einmal werden alles edel, groß und schön! Rauche auf das tiefe, tiefe Sehnen nach dem Erdenreiche Gottes, an das sie alle glauben.

Niemand kann dem Menschen dienen und auch Gott. Wo die Not ist, leidet das Heilige deiner selbst. Das Göttliche in dir wird zerissen, wenn du um das Allerlebstverständliche des Alltags sorgst und ringst. Siehe doch endlich in Christus vor diesem Göttlichen, daß du es nicht mehr durch Mannumswirtschaft entweihst sein lassen mögest!

Du hast ein Recht auf das Leben, ein Recht auf deine Freiheit, ein Recht auf das Göttliche in dir selbst! Das es dir nicht verhindern von der Brutalität einer ungöttlichen Wirtschaft! Sei Prophet! Weise deinen Schwestern und Brüdern das Grabe, das da jetzt endlich kommt!

Sei Kämpfer! Vertreibe sie aus dem Tempel der Menschheit, diese Wechsler und Krämer! Sei Weltaufsteller! Nur wer verkauft, was er hat, wie er es einstmal gekauft, ist frei von Gelüsten des Nutzens und der Eier. Nur die Wirtschaftsordnung der Göttlichkeit kann die Wirtschaftsordnung der Göttlichkeit sein.

Dr. Gustav Hoffmann.

Ostern

Frühling! Neues Leben regt sich allwieder in fröhlicher Scholle und auferstehet in neuem Kleide, mit Wundern der Schöpfung bestückt.

Und es erfüllt sich das Schnitt nach Schönheit, nach Licht und Freiheit, wenn der Frühling erwacht.

Brausende Winde segen die Blüten vom Unrat des Winters frei. Und Sonnenstrahlen wärmen die Auen, damit der Same mit bunten Farben seine Erneuerung läuft. Fern aus dem Süden eilen die Schwärme gesiederter Sänger zum heimischen Nest. Fröhlich erschallen perlende Lieder vom blühenden Dom, in grünen Hainen, auf blühenden Triften, dankend, daß Frühling es wieder sei. Victor Kallnowski.

Die graue Masse des schwärmenden Volkes will auferstehen aus langer Müchtheit des Reiches, des Geistes zu würdigem Leben, zu schönerem Dasein,

dann kann es immer noch nicht.

Der Sturm der Auferstehung lässt auf seinem leidvollen Dasein und ragt als Schranke auf seinem Pfade zum Glück. Ihn fortzuhüten, ihm zu zertummern mit dem gewaltigen Hammer des Wissens sei unser stetsches Tun.

Und es gelobe ein jedes Mitglied:

in diesem Jahre ein neues Mitglied zu werben seinem Verband.

Und auferstehen wird solidarisch die Hilfsbereitschaft, die Macht der Vielfalt, des einzigen Willens, daß Frühling es wieder sei. die alte Schranke zerstöret!

mit 80,8 v. H., die niedrigste Zahl der Gesamtverband mit 11,0 v. H.

Die Arbeitslosenstatistik des Fabrikarbeiterverbandes weist ebenfalls noch eine weitere Steigerung der Arbeitslosenzahlen auf. Untere Arbeitslosenstatistik für Ende Februar erfaßte insgesamt 434 266 Mitglieder. Davon waren 143 680 oder 32,0 v. H. arbeitslos und 78 844 oder 17,5 v. H. arbeiteten vertikal. Im Vorjahr betrugen die Verhältniszahlen 32,7 v. H. für Vollarbeitslose und 16,8 v. H. für Kurzarbeiter. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist nicht erheblich, aber immerhin ist es eine Steigerung. Die Kurzarbeiter in Vollarbeitslose umgerechnet waren Ende Februar nur 61,1 v. H. unserer Mitglieder beschäftigt gegen 75,1 v. H. in der gleichen Zeit des Vorjahrs und 76,9 v. H. Ende Februar 1929.

Den Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industrien unseres Verbandes zeigen folgende Verhältniszahlen an:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

	Ende Januar 1931 männl. weibl. insges.	Ende Februar 1931 männl. weibl. insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	33,9	28,0
In der Industriegruppe:		
Chemie	21,8	23,4
Papier	18,5	17,6
Nahrungsmittel . . .	20,1	20,1
Spielwaren usw. . .	49,6	37,6
Sonstige Industrien	45,8	29,5
Keramischer Bund insgesamt	49,9	35,5
a) Porzellan . . .	38,7	28,5
b) Glas	40,8	36,7
c) Grobkeramik . .		
Baustoffe	60,7	50,8

arbeiteten vertikal:

	Ende Januar 1931 männl. weibl. insges.	Ende Februar 1931 männl. weibl. insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	15,9	20,2
In der Industriegruppe:		
Chemie	20,5	20,7
Papier	23,8	23,1
Nahrungsmittel . . .	9,0	5,4
Spielwaren usw. . .	26,1	31,2
Sonstige Industrien	9,0	7,5
Keramischer Bund insgesamt	14,0	21,5
a) Porzellan . . .	35,1	38,6
b) Glas	10,2	18,5
c) Grobkeramik . .		
Baustoffe	9,0	6,1

Zu der chemischen Industrie ist die Arbeitslosigkeit noch etwas geringer, hingegen ist die Kurzarbeit geringfügig zurückgegangen. In der Papierverarbeitungsindustrie hat sich der Anteil der männlichen Arbeitslosen etwas vergrößert, der der weiblichen etwas vermindert, so daß eine Steigerung der Verhältniszahl nicht eingetreten ist. Die Arbeitslosenzahlen aus der Nahrungsmittel-, Spielwaren- und auch aus der Glasindustrie zeigen Anzeichen weiterer Ver schlechterung. In der Feinkeramischen und auch in der grobkeramischen Industrie konnte ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit, aber Steigerung der Kurzarbeit festgestellt werden.

Der geographischen Verteilung nach hat die Arbeitslosigkeit in den östlichen Provinzen noch zugenommen. In Ostpreußen sind 57 v. H. unserer Mitglieder und in der Provinz Pommern 76,1 v. H. Industriearbeitslos, in Preußen 72,6 v. H. Leicht zurückgegangen ist die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen, im Freistaat Sachsen, Süd-Bayern, Westfalen und im Bezirk Hessen und Hessen-Nassau. Alle anderen Bezirke weisen noch leichte Erhöhungen auf. Den niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit haben die südwürttembergischen und süddeutschen Bezirke. Die Verhältniszahlen liegen hier zum Teil erheblich unter dem Durchschnitt.

Erfinder auf der Frühjahrsmesse

Zum zweitenmal hatte das Deutsche Erfinderausbau e. V., Hamburg 36, die ganze Halle 2 auf der Technischen Messe als Sonderausstellung für Erfindungen und Neuerungen ausgestellt. Unter 100 Firmen und mehr als 800 Erfinder waren dort mit teils recht guten Neuerungen vertreten. Die Besucherzahl von über Hunderttausend deutet das große Interesse für eine solche Sonderausstellung. Das Ausland war sehr stark vertreten. Mancher unbekannter Erfinder kam so zu dem erhofften Erfolg, indem aus Patentverläufen, besonders nach dem Ausland über 150 000 Reichsmark neben den Ehrenpreisen erzielt und Neubewilligungen eingezeichnet wurden. Die zahllosen eingetragenen Geschäfte dürften sich noch bedeutend höher auswirken. Sehr häufig wurde die wirtschaftliche Möglichkeit einer solchen Sonderausstellung für Erfindungen als Faktor für die Preisgestaltung und Leistungsfähigkeit der Industrie und als Anziehungspunkt für die Leipziger Messe benutzt. Nicht zuletzt findet Deutschlands Weltglanz als zentralisiertes Fortschrittsland darin seinen Ausdruck.

Fleischverbrauch seit 100 Jahren

Die deutsche Landwirtschaft ist im Zeitraum eines Jahrhunderts wesentlich leistungsfähiger geworden. Dies geht aus einer Gegenüberstellung hervor, zwischen den Jahren 1810 und 1929. Zum Vergleich wird der Durchschnitt der letzten Kriegsjahre mit hinzugefügt. Insgesamt betrug der Fleischverbrauch in Deutschland aus inländischer Erzeugung pro Kopf der Bevölkerung in Kilo: 1810: 19,6, 1911/12: 48,6 und 1929: 48,6. Der Durchschnitt in diesen folgenden Jahren betrug der Fleischverbrauch in Rindfleisch 6 bzw. 15,6 kg Rindfleisch 2,2 kg, 8 kg Schweinefleisch 8,4, 80,0 und 8 kg Hammelfleisch 2,10 kg. Der Genuss an Fleisch aus ausländischen Ursprungs ist in diesen Jahren nicht enthalten. Der Genuss an Schweinefleisch ist am markantesten gestiegen. Insgesamt fand eine Verbesserung des Fleischgenusses statt. In diesen Jahren kommt die gewaltige Verbesserung des Lebensstandards der deutschen Bevölkerung im Zeitraum von 120 Jahren zum Ausdruck. Gegenüber der Vorriegszeit ist eine Verbesserung, soweit sie im Genuss von Fleisch zum Ausdruck kommt, nicht eingetreten.

Sinken der Dividenden

Die Aktiendividende ist nach Berechnungen des I. C. im Geschäftsjahr 1929/30 von 6,8 auf 6,3 v. H. gefallen. Die Dividendenzunahme fand um 60 Mill. H. von dem erfaßten Kapital erzielten 71,1 v. H. gegen 72,7 v. H. im Vorjahr und von den Gesellschaften, die mit Gewinn abschlossen, 80,2 v. H. (77,7 v. H.) eine Dividende. Angesichts der schwierigen Zeit kann man wirklich nicht sagen, daß sich die Rentabilität der deutschen Aktiengesellschaften sehr verschlechterte.

Not aus Überflüß

Früher ging es den Menschen schlecht, wenn die Ernten auf den Feldern verdorben oder verfaulten. Heute geht es den Menschen schlecht, weil die Felder zuviel fruchtwerte tragen, weil zuviel Kohle und Eisen aus der Erde geholt wird, weil Fleisch und Erfindungsgabe zuviel Waren erzeugen. Man soll nicht glauben, daß der ungeheure Widersinn dieser Tatsache überall bekannt sei und beachtet werde. Was kann man heute hören, wenn man nach der Schulb an der Erde fragt. Millionen von Deutschen sind überzeugt, daß die Generationen über das Maeriziumm aber die Menschheit durch die Juden überwältigen die Zukunft eines Friedens keinem Seien, die die Wahrheit wissen, sind sich selten über die Tugendweite dieser Vernichtung im Klaren, die unserer Zeit den Tempel ausdrückt.

Man kann die Unsinnigkeit des gegenwärtigen Zustandes am besten erkennen, wenn man sich vorstellt, was sein könnte. Seit hundert Jahren bahnt sich ein grundlegender Wandel in den menschlichen Verhältnissen an. Wir sind dabei, uns einen neuen Stoff zu schaffen. Die Maschine kann die Leistungen des Menschen um das Zehn-, Hundert- und Tausendfache steigern. Die Entwicklung zum Maschinenautomaten ist unablässig. Alle mechanische Arbeit kann die Maschine besser, rascher und billiger erledigen als der Mensch. Sie drängt den Menschen gewissermaßen von sich weg. Bald wir heute unter dem Schlagwort "Rationalisierung" verstehen, ist das langsame Selbstabdingen dieses Maschinenautomaten, dieses "leeren" Sklaven. Nach dessen Beseitigung der Mensch nur noch die überwachende, leitende und schützende Tätigkeit ausüben wird. Wir sind trotz aller technischen Fortschritte erst am Anfang dieser Entwicklung. Die nächsten Jahrzehnte werden das Bild der Erde vielleicht gründlicher verändern, als die vergangenen. Die Leistungsfähigkeit der technisierten Wirtschaft ist aber bereits jetzt so groß, daß es Rot nicht mehr geben dürfte. Warum aber wollen heute Millionen von Menschen nicht, wie sie den Hunger stillen sollen?

Das kapitalistische System ist unsäbig, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft auszunutzen und zu entwickeln. Der kapitalistische Fortschritt gleicht einem Stophern über die eigenen Beine. Die Wirtschaft kann dann arbeiten, wenn sich Abholz und Erzeugung im Gleichgewicht befinden. Sogar der Kapitaleinkommen Auslastung würde aber die Erzeugung rascher als der Verbrauch. Gegen eine Kapostellung des Abholzes durch Rohnerhöhung oder Preissteigerung sträubt sich das Unternehmertum so lange es geht. Da die Mehrerzeugung nicht gelöst werden kann, wird die Verhöftigung eingeschränkt. Die Arbeitslosen verlieren, aber ihre

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband

August 1930.

Nach der Statistik der Reichsstatistik für Arbeitslosenversicherung ist die Arbeitslosigkeit Ende August 1930 etwas zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen um etwa 19 000 geringer als am 15. Dezember 1929. Damit schwindt die höchste Arbeitslosigkeit, und wie wollen wissen, aus wie der Wirtschaftsstelle 1929/30 der Verlust geschüttet zu haben.

Widerstand die Arbeitslosigkeit in der gewerkschaftlichen Erwerbskraft angeworben hat, zeigen Vergleiche mit dem höchstmöglichen Jahre befindet sich der Arbeitslosenverband

höchststand der Arbeitslosigkeit 1927–1931.

	männlisch	weiblisch	insgesamt	weniger gegenüber 1931
31. Januar 1927	2691 245	445 034	2 526 009	— 2 454 691
31. Januar 1928	1 650 236	341 817	2 012 212	— 2 978 788
31. Januar 1929	2 713 206	515 491	3 229 871	— 1 761 129
31. Februar 1930	2 771 446	636 250	3 407 696	— 1 583 304
31. Februar 1931	2 691 000	4 972 000		

Rationalisierung und Arbeitslosigkeit

Als nach einer langen Periode allmählicher Zunahme die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahre einen katastrophalen Charakter annahm, war man in vielen Kreisen geneigt, alle Schuld auf die Nationalisierung zu schieben. Doch dies nicht richtig sein konnte, geht schon daraus hervor, daß sich das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern nicht nach dem Ausmaß der zur Durchführung gelangenden Nationalisierung richtet. Deshalb beschloß dann auch die vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eingesetzte gemeinsame Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, auch alle anderen sozialpolitischen, finanz- und wirtschaftspolitischen Faktoren zu untersuchen, die zur Wirtschaftskrise beigetragen könnten. Im übrigen war man sich klar, daß unter all diesen Faktoren die Nationalisierung immerhin eine Hauptrolle spielt. Deshalb wurde der Nationalisierung, d. h. ihrer Durchführung und Auswirkung, ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die diesbezüglichen Besprechungen führten zur Annahme der nachstehenden speziellen Resolution:

Nationalisierung:

"Unter der Herrschaft des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind die Wirkungen, die von der Nationalisierung auf die Arbeiterschaft ausgehen, widersprüchlich. Neben der Anwendung technisch überlegener Verfahren und der Ausschaltung von Kraft- und Stoffverschwendungen in der Gütererzeugung und in der Güterverteilung werden unter der falschen Flagge der Nationalisierung vielfach auch Methoden zur Anwendung gebracht, die lediglich geeignet sind, einen Druck auf die Arbeiter auszuüben, das Arbeits tempo zu beschleunigen, die Arbeitskraft rücksichtslos zu verausgaben und vorzeitig zu verarbeiten. Über auch die echte Nationalisierung ist in der kapitalistischen Wirtschaft fast immer mit der Freisetzung von Arbeitskräften verbunden, und besonders nach einer Periode stürmischer Nationalisierung, wie sie das letzte Jahrzehnt darstellte, wird durch sie das Heer der Arbeitslosen vergrößert. Im Gegensatz zur kapitalistischen Nationalisierung kann die Arbeiterklasse um eine rationelle Gesellschaftsordnung, die die Nationalisierung aus einer Quelle der Arbeitslosigkeit und der Überarbeit zu einer Quelle des Wohlstandes aller macht.

1. Die internationale Arbeiterbewegung erhebt mit aller Entschiedenheit die Forderung, daß die Durchführung der Nationalisierung — im besonderen, weil sie in der Regel mit einer Freisetzung von Arbeitskräften verbunden ist — nicht ausschließlich als eine Angelegenheit der Unternehmer angesehen werden darf, sondern daß über die besten Methoden der Verwendung der Arbeitskräfte in einem Gewerbe stets mit den Gewerkschaften beratschlagt werden muß. Die gewerkschaftlichen Vertretungen müssen bei der Einführung neuer Verfahren oder

bei organisatorischen Umgestaltungen die Möglichkeit haben, die Interessen der arbeitenden Menschen wirksam zu vertreten und zu verhindern, daß die Nationalisierung zu einem Raubbau an der Arbeitskraft wird.

2. Um die Freisetzung von Arbeitern und Angestellten durch die Nationalisierung nach Möglichkeit zu begrenzen, oder um sie beschleunigt zu überwinden, muß gefordert werden, daß jede Steigerung der Produktivität der Arbeit durch technische oder organisatorische Neuerungen unmittelbar verbunden sein muß mit einer Verkürzung der Arbeitszeit und einer Erhöhung der Reallohnrate. Diese Erhöhung der Reallohnrate kann allein die Steigerung der Massenkonsum bringen, die einer erweiterten Produktion auch die entsprechenden Absatzmöglichkeiten schafft.

3. Für die gesamte Zeit der Freisetzung von Arbeitern und Angestellten muß ihre hinreichende Versorgung, sei es durch den Ausbau oder die Einrichtung der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung, sei es durch besondere Unterstützungen, gesichert werden.

4. Die Unternehmer sehen die Erhaltung und Verbesserung ihrer technischen Einrichtungen als notwendig an. Viele Unternehmungen schaffen deshalb Reserven nicht nur zum Zwecke der Absicherung, sondern auch, um ihre Maschinen durch moderne Typen zu ersetzen, bevor sie abgenutzt sind. Es ist notwendig, daß die Unternehmer die gleiche Sorgfalt, die sie ihren Maschinen angewöhnen lassen, auch der Arbeitskraft zuwenden.

5. Die Mittel der staatlichen Wirtschaftspolitik müssen mit allem Nachdruck eingesetzt werden, um für die freigesetzten Arbeitskräfte neue Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Es müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um die freigesetzten Arbeiter zu einer Tätigkeit auf anderen Gebieten zu befähigen. Bei der Überführung der Arbeitskräfte in andere Berufswege dürfen sich ihre Arbeitsbedingungen zum mindesten nicht verschlechtern.

Nicht gegen die Nationalisierung, sondern gegen ihre Entartungen in der kapitalistischen Wirtschaft richtet sich der Kampf der Arbeiterschaft. Sie erhebt ihre Forderungen auf Mitbestimmung, auf gerechte Verteilung der Früchte der Nationalisierung, auf eine Verkürzung der Arbeitszeit, auf Schutz der freigesetzten Arbeitskräfte und auf planmäßige Wiedereinsiedlung der Arbeitskräfte in den Wirtschaftsprozeß, um die Interessen der Arbeiter und Angestellten in der gegenwärtigen Lage nach Möglichkeit zu schützen und gleichzeitig, um den widersprüchlichen Prozeß der Entwicklung der produktiven Kräfte in der kapitalistischen Wirtschaft in einen planvollen, den Interessen aller arbeitenden Menschen dienenden Prozeß des Aufstieges umzuwandeln."

Zunahme der Millionäre in Deutschland

Die Statistik der Steuerbeträge ermöglicht ein klares Bild über die Anzahl von Millionenvermögen, die in Deutschland vorhanden sind. Nach den letzten Erhebungen gibt es in Deutschland 2620 Personen, die ein Vermögen von mindestens 1 Million Mark und mehr haben. Auch unter diesen reichen Leuten sind wieder zahlreiche Abstufungen vorhanden, denn von den Besitzern einer lumpigen Million zu den Inhabern von Milliardenvermögen, die 100 und mehr Millionen betragen, ist ein weiter Weg. Die größte Anzahl der Millionäre Deutschlands verfügt „nur“ über ein Vermögen von 1 Million bis 5 Millionen. Zu dieser glücklichen Lage sind 2465 Arznei, die sich ziemlich gleichmäßig über alle Gebiete Deutschlands verteilen. Dabei ist zu bemerken, daß es in den Städten mehr Millionäre gibt als auf dem Lande. Offenbar ist es sehr schwer, mehr als 5 Millionen Mark zusammenzubringen, denn ein Vermögen von 5 bis 10 Millionen befindet in Deutschland nur 115 Personen. Ihre Zahl beträgt also kaum den zwanzigsten Teil derjenigen, die 1 bis 5 Millionen Mark im Vermögen haben. Mehr als 10 Millionen verstecken in Deutschland nur 49 Personen. Allerdings sind hierbei auch wahre Arznei festgestellt worden, die Vermögen von mehreren 100 Millionen Mark besitzen. Unter ihnen sind hauptsächlich die deutschen Standesherrn, Großindustrielle und Großgrundbesitzer. Auch Kronen gehören übrigens zu den reichsten Personen Deutschlands, denn auch unter ihnen gibt es Besitzerinnen von Vermögen, die 100 Millionen übersteigen. Gegenüber der vorliegenden Statistik ist eine Zunahme der Millionäre festzustellen und zwar um 125 Personen, da bei den vorliegenden Erhebungen die Zahl von 2500 Millionären nicht ganz erreicht wurde. Die Zunahme erstreckt sich nur auf die Besitzer von 1 Million Mark.

Sprachkurse

Ansfang April beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Ansägerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Italienisch und Französisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Überkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch“ (Rechtschreibung und Sprachlehre). Auf Wunsch sollen ferner Tagesskurse für Teilnehmer mit ungünstiger Arbeitszeit (Schichtarbeiter usw.) eingerichtet werden. Zur Deckung der Kosten wird für einen Kursus ein Betrag von 10 RM erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen schriftlich oder persönlich in der Geschäftsstelle der Sprachschule, Berlin N 54, Moabitaler Straße 18. Die Geschäftsstelle ist werktäglich bis 21 Uhr geöffnet, außer Sonnabends.



Kritische Situation in der tschechoslowakischen Glasindustrie

Die tschechoslowakische Glasindustrie befindet sich zur Zeit in einer kritischen Lage, die mit der Krise im Jahre 1922/23 zu vergleichen ist. Für diese Industrie sind die handelspolitischen Verhältnisse sowohl im Inland als auch im Ausland von großer Wichtigkeit und Bedeutung.

Geregelter Handelsvertrag mit den Nachbarländern als auch mit entfernten Staaten sind für die ausgesprochene Exportindustrie eine Voraussetzung. Viele und die wichtigsten des Außenhandels bedeuten die Grundlage der künftigen Prosperität der Glasindustrie sowie eine gesicherte Existenzmöglichkeit für die Arbeiterschaft.

Über die kritische Lage der tschechoslowakischen Glasindustrie belehren uns einige Daten über die Kapazität der Fabrikindustrie und des Beschäftigungsgrades der Arbeiterschaft sowie die Zahlen über den Export und den Inlandshandel in den ersten neun Monaten des vorigen Jahres.

In der Hohl- und Preßglasindustrie sind 198 Produktionseinheiten, in denen 28 000 Arbeiter beschäftigt sind, vorhanden. Von diesen 198 Produktionseinheiten befinden sich 98 außer Betrieb, wodurch 13 000 Arbeiter beschäftigungsfrei wurden.

Die Tafelglasindustrie (einschl. mechanische Erzeugung) hat 11 Produktionseinheiten mit 70 Maschinen, und beschäftigte 8200 Arbeiter. Fünf Produktionseinheiten befinden sich außer Betrieb mit 1200 beschäftigungsfreien Arbeitern.

In der Flaschenindustrie (einschl. mechanische Erzeugung) sind 28 Produktionseinheiten mit 92 Maschinen und 2500 beschäftigten Arbeitern vorhanden. Von diesen Betrieben sind 14 Produktionseinheiten stillgelegt und 1300 Arbeiter arbeitslos geworden.

Die Spiegelglasindustrie besitzt 20 Produktionseinheiten mit 2800 Arbeitern. Acht davon sind stillgelegt und 800 Arbeiter arbeitslos.

Dieser Zustand verschlechtert sich aber von Woche zu Woche. In der Heimindustrie arbeiten von etwa 55 000 Heimglasarbeitern 28 000 bis 30 000 zwei bis vier Tage in der Woche, die übrigen 29 000 bis 22 000 Heimarbeiter sind ebenfalls arbeitslos. Demnach sind zur Zeit 38 000 bis 40 000 Glasarbeiter also fast 40 Prozent in der tschechoslowakischen Glasindustrie ohne jede Beschäftigungsmöglichkeit, während die noch Beschäftigten zum Teil kurzarbeiten.

Dieser Zustand äußert sich auch besonders in den Ausfuhrziffern. Die Ausfuhr an Glas und Glaswaren ist in den Monaten Januar bis September 1930 um 21 616 dz im Wert von 150 305 000 C. Kr. gesunken. Zusätzlich ist eine weitere Verschlechterung der Exportmöglichkeiten eingetreten. Auch auf den Inlandsmarkt ist der Absatz an Glaswaren um etwa 40 Prozent 80 bis 90 Millionen zurückgegangen.

Aus diesen wenigen Zahlen kann die Schwere der Krise in der tschechoslowakischen Glasindustrie beurteilt werden.

Kartelle und Moral

Kartelle in der kapitalistischen Wirtschaft zu stärke zu bringen, gelingt in den meisten Fällen nicht mit fairen Mitteln. Die Kartellpolitik unserer Zeit ist eins der dummesten und trübseltesten Kapitäle des Profitstrebens und der ehrbare Kaufmann wird bei seinen Transaktionen in eine Falle gestellt. So manche Publikationen haben ja schon Einblick in die dunklen Dokumente verschiedener Direktionsbüros ermöglicht, aber alle ehrlichen Maßnahmen konnten noch nicht ans Tageslicht gebracht werden. Das Schlimmste kann man nur ahnen.

Ganz gewaltige und rücksichtlose Kämpfe von Kartellpolitik spielen sich besonders innerhalb der europäischen Glasindustrie ab und gegenwärtig lassen Pressemeldungen erkennen, daß die Mühlung Union in Teplitz die Münchener Glashütten erwirbt, um der Kartellvereinigung Deutscher Tafelglasfabrikanten G. m. b. H. Konkurrenz zu machen. Auch der Bülle-Konzern hat das Bestreben, mit seiner neuen Flaschenfabrik in Rayna als Aufenseiter mit dem Kartell

Große Anforderungen sind in dieser kritischen Zeit an die Gewerkschaftsorganisationen der Glasarbeiter gestellt.

Der Tschechoslowakische Glasarbeiterverband mit etwa 8500 Mitgliedern hatte Ende Oktober 1930 bereits 5233 Arbeitslosenfälle (62,72 Prozent) zu verzeichnen und zählte insgesamt an Unterstützungen €. Kr. 1 683 267,55 aus. Hier von aus eigenen Mitteln der Betrag von €. Kr. 506 552,29 und auf Rechnung des Staates der Betrag von €. Kr. 1 333 152,10. Demnach haben beide Verbände bei einem Stand von zusammen 16 800 Mitgliedern 10 916 Arbeitslosenfälle (64,97 Prozent) zu verzeichnen und haben bisher aus eigenen Mitteln den Betrag von €. Kr. 2 266 675,00 aus. Hier von aus eigenen Mitteln den Betrag von €. Kr. 918 559,80 und auf Rechnung des Staates den Betrag von €. Kr. 1 333 152,10. Demnach haben beide Verbände bei einem Stand von zusammen 16 800 Mitgliedern 10 916 Arbeitslosenfälle (64,97 Prozent) zu verzeichnen und haben bisher aus eigenen Mitteln den Betrag von €. Kr. 2 266 675,00 aus. Hier von aus eigenen Mitteln den Betrag von €. Kr. 1 518 112,10 und auf Staatsmitteln den Betrag von €. Kr. 2 939 979,15, an Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitglieder zur Auszahlung gebracht.

Bemerkenswert sind auch die Daten über die ausgeschütteten Arbeitslosenunterstützungen nach dem Gesetz seit seiner Einführung im Jahre 1925, wobei früher nur für 13 bis 16 Wochen im Jahre die Unterstützung gewährt werden konnte, während dem seit 1. Juli 1930 durch eine Novellierung des Gesetzes die Unterstützungsduauer auf 26 bzw. 29 Wochen im Jahre ausgedehnt wurde, was als ein Verdienst der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in der Koalitionsregierung der tschechoslowakischen Republik zu bezeichnen ist. Demnach haben die beiden Glasarbeiterverbände (Vereinigte Verbände der Glasarbeiter in der ČSR) in kaum fünf Jahren des Bestandes des Arbeitslosenunterstützungsgesetzes insgesamt den Betrag von €. Kr. 8 697 567, hier von aus eigenen Mitteln den Betrag von €. Kr. 3 416 475,00 und aus Staatsmitteln den Betrag von €. Kr. 5 281 092,10 an Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitglieder zur Auszahlung gebracht.

Diese Zahlen beweisen, daß in der tschechoslowakischen Glasindustrie eine schleichende Krise vorhanden ist, sie beweisen aber auch, unter welchen Verhältnissen die vereinigten Verbände der Glasarbeiter zu arbeiten und zu kämpfen haben und von welcher Wichtigkeit für die Existenz der Arbeiterschaft die freien Gewerkschaften sind. Sie beweisen aber auch weiter die Unhaltbarkeit des heutigen kapitalistischen Produktions- und Distributionssystems, welches nicht in der Lage ist, den arbeitenden Menschen genügend Arbeit und Brod zu verschaffen, und deshalb bereitigt werden muß!

Dieses Ziel verfolgen gerade die freien Gewerkschaften und verdienen deshalb volle Unterstützung aller arbeitenden Klassen!

Konferenz Bezirksgruppe III

Am 22. März d. J. fand in Alt-Köln für die Bezirksgruppe III eine Gruppenkonferenz statt, die zu den wirtschaftlichen und tariflichen Fragen der Arbeitnehmer in der Glasindustrie Stellung nahm. Nach einleitenden Worten des Kollegen K. de le r, der auf die gegenwärtige Wirtschaftslage und die traurige Lage der arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen hincwies, sprach der Branchenleiter Kollege K. e. b. s. Berlin, über die wirtschaftliche Lage in der Glasindustrie, sowie zum Ablauf des am 30. April 1931 endenden Lohnvertrages. Redner erläuterte in seinen Ausführungen die schwere Weltwirtschaftskrise, die wohl als die größte kapitalistische Wirtschaftskrise bezeichnet werden kann. Die ungeheure Verarmung von Volksvermögen und den weiteren Auswirkungen habe die Versendung der breiten Massen mit sich gebracht. Diese Krise wird man nicht mit früheren Mitteln besiegen können, sondern durch die Technifizierung, der geschaffenen Überproduktion und Überabfertigung, können nur die Forderungen der Gewerkschaften, wie Verkürzung der Arbeitszeit und hebung der Kaufkraft der breiten Massen beständig wirken. Redner bewies dabei auf den Absprung des Münsterpräidenten Braum, daß fünf Jahre Weltkrieg für die Wiederaufbau bedeute. Nun kommt die Abschneidung durch die Hochabfertigung der Glas einführenden Länder. Es müsse versucht werden, nicht nur national, sondern international die Arbeitszeitfrage zwecks Einführung der Vierzähligarbeitswoche zu regeln. Auf die Schwerpunktsetzung wurde ebenso hingewiesen, obwohl ebenfalls die Gewerkschaften durch die Centralisierung des Tarifwesens versucht haben, die Schwerpunktsetzung zu unterbinden und die Kaufkraft der breiten Massen zu heben. Vor allem muß versucht werden der Tendenz weiterer Lohnverkürzung ein halt zu bieten. Die Ansprache der versammelten Delegierten

wor eine sehr rege und eimüsig kam zum Ausdruck, daß eine weitere Lohnverschlechterung abgewehrt werden müsse. Nachstehende Entscheidung kam einstimmig zur Annahme:

Die Gruppenkonferenz der Gruppe III der deutschen Weithohlglasindustrie nahm in ihrer Tagung am 22. März d. J. nach einem Beserat des Kollegen Krebs an den bestehenden Verhältnissen in der Glasindustrie, insbesondere für die Arbeiter, Stellung und ist auf Grund der allgemeinen Aussprache zu dem Ergebnis gelangt, daß der im Oktober 1930 erfolgte Lohnabbau ungerechtfertigt geschehen ist, da die Voraussetzungen dafür, der Preisabbau, überhaupt noch nicht eingetreten ist, oder dort, wo er sich gezeigt hat, es sich nur um einen geringen Abbau der vom Jahre 1929 durch Föhrer Steuer überhöhten Preise handelt. Die sogenannte Preissabbauaktion mit dem durchgeföhrteten Lohnabbau, hat sich im Gegen teil vollständig zum Schaden

aller Bevölkerungskreise ausgewirkt, da durch den eingetretenen Käuferstreik die Krise noch verschärft und die Arbeitslosigkeit vergrößert wurde.

Sollte der Schlußband Deutscher Glasfabrikanten zum 30. April 1931 die Lohnarife zwecks Neuregelung mit der Maßgabe weiterer Lohnverschlechterungen lädtigen, so steht die Gruppenkonferenz einstimmig auf dem Standpunkt, daß mit allen Mitteln jede Verschlechterung der Tarifverhältnisse in der deutschen Weithohlglasindustrie abzuwehren ist."

Eine Reihe Anfragen und Versprechungen über verschiedene Ausslegungen des Mantelaristes, und Erwähnung von Artikel der Tarifschiedsgerichte fanden ihre Beantwortung. Nach erneutem Worten des Kollegen Föhrer, den weiteren Ausbau der Organisation zu fördern, denn nur sie ist der Grundpfeiler, um weitere Verschlechterungen abzuwehren, erfolgte Schluß der Konferenz.

Berufserkrankung in der Glasindustrie

Der Glasmacher Ludwig Sonntag in Boffzen ist durch seine langjährige Tätigkeit vor dem Glasofen auf beiden Augen am grauen Star erkrankt. Man sieht sich vorstellen, welch ungemeiner Nachteil in gesundheitlicher Beziehung für einen Arbeiter entstanden ist, der auf beiden Augen an der schrecklichen Berufskrankheit Glasmachestar leidet. Die Wissenschaft hat heute nicht zu unterschätzende Fortschritte gemacht und die schwere Berufskrankheit, der graue Star, wird jetzt durch Operation teilweise mit recht gutem Erfolg behoben. Allerdings wird der Erkrankte in den meisten Fällen mit einer Starbehandlung versehen, die nicht gern getragen wird, weil sie durch die Schwere der Gläser unangenehm empfunden wird.

Unser Kollege Sonntag in Boffzen, der auf beiden Augen am grauen Star litt, hat auf seinen Antrag an die Berufsgenossenschaft unter dem 6. Januar 1931 eine Rente von 25 v. H. bewilligt bekommen. Dabei haben wir ausdrücklich hervor, daß die Berufsgenossenschaften festgestellt haben, daß auf beiden Augen der Berufskrankheit vorliegt. Gegen diesen Bescheid der Glasmachergenossenschaft haben wir Berufung an das Oberversicherungsamt eingelegt.

Unser Kollege Sonntag in Boffzen, der auf beiden Augen am grauen Star litt, hat auf seinen Antrag an die Berufsgenossenschaft unter dem 6. Januar 1931 eine Rente von 25 v. H. bewilligt bekommen. Dabei haben wir ausdrücklich hervor, daß die Berufsgenossenschaften festgestellt haben, daß auf beiden Augen der Berufskrankheit vorliegt. Gegen diesen Bescheid der Glasmachergenossenschaft haben wir Berufung an das Oberversicherungsamt eingelegt.

Sehr eingehend hat sich der Ausschuß mit dem Stand, der Art und dem Erfolg der Rationalisierung beschäftigt. Es wird mit nicht missverständlicher Deutlichkeit an die Abreise der niedrigländigen Betriebe festgestellt, daß die Porzellanindustrie im wesentlichen nach überkommenen Arbeitsmethoden arbeitet, wenn auch eine Reihe von Großbetrieben sich mit Erfolg bemüht hat, an der einen oder anderen Stelle des Produktionsprozesses technische Fortschritte zu erzielen. Gegenüber vielfachen Vorwürfen, daß die Gewerkschaften die Nationalisierung hoffen, steht der Ausschuß ausdrücklich darunter, daß die Gewerkschaften keinen Widerstand geleistet, sondern die Nationalisierung vielmehr gefordert und die technische Produktionsfähigkeit anstrengt ausdrücklich bedauern. Es wird an Einzelfragen gezeigt, wie bei der Ausbereitung der Rohstoffe (durch Verbesserung der Mühlen), bei der Formgebung (Automaten), beim Gießverfahren (Schlauchleitung) und bei der Trocknung (moderne Trocknungsanlagen) Fortschritte erzielt werden können, die die Arbeit erleichtern, die Produktivität erhöhen und die Produktion verbessern. Besonders interessant sind die Ausführungen und Berechnungen über die Wirtschaftlichkeit der Tunnelöfen, die ja bisher von den meisten Unternehmen abgelehnt worden sind. Die untersuchende Gruppe des Enquête-Ausschusses hat auf Grund mehrerer Gesamt- und Einzelvernehmungen von Sachverständigen der Porzellanindustrie und des Ofenbaus, die in eigenen oder bestandenen Betrieben praktische Erfahrungen gemacht haben, den Eindruck gewonnen, daß für Elektroporzellan und Stapelporzellan Tunnelöfen modernster Bauart technisch und wirtschaftlich den Rundöfen wesentlich überlegen sind.

Ebenso wie für die produktionstechnische, so bleibt auch für die kaufmännische Rationalisierung bei vielen Betrieben noch Raum, zumal es sich dabei um Aufgaben handelt, die ohne größere Kapitalbeanspruchung erfüllt werden können. Trotz der zahlreichen Verbände ist die Zusammenarbeit der Unternehmungen noch nicht so weit gediehen, daß die betriebswirtschaftlichen Erfahrungen der fortgeschrittenen Betriebe auch für die mittleren und kleineren Unternehmungen nutzbar gemacht werden könnten.

Eine genaue Messung des Rationalisierungsgrades ließ sich mangels ausreichender Unterlagen nicht durchführen; jedoch hat der Ausschuß versucht, einen ungefähren Maßstab zu gewinnen. Dabei zeigt sich, daß bei einer ganzen Reihe der untersuchten Betriebe die Stundenproduktion je Arbeiter im Reichswert im allgemeinen stärker gestiegen ist als die Kosten eine Erhöhung, die wesentlich auf die höhere Wirtschaftlichkeit der Arbeitskraft zurückzuführen ist.

In dem Abschnitt Arbeitnehmerverhältnisse wird zunächst festgestellt, daß der Anteil an Lohnarbeitszeit seit 1913 wesentlich gestiegen ist, und daß an dieser Steigerung die Kapitalunternehmen besonders stark beteiligt sind. Der Ausschuß sieht diese Erhöhung ganz Teil an der Rationalisierung, zum Teil aber auch darauf zurück, daß die Aufträge heute häufiger und auf einer höheren konzessionären Höhe erworben werden. Das durchschnittliche Jahresgehalt der kaufmännischen Angestellten beträgt 2150 RM, das der technischen Angestellten 1150 RM. Innerhalb der Arbeiterschaft hat die Bruttowertschafft seit der Weltkrieg beträchtlich zugenommen und auch in den letzten Jahren ist der Anteil an der Bruttowertschafft deutlich gestiegen. Die Verhältnisse sind in dieser Beziehung in den einzelnen Standorten und bei den einzelnen Betrieben unterschiedlich geprägt. Der Anteil an den kaufmännischen Betrieb der Bruttowertschafft zum Teil an die Rationalisierung zurück, beweist aber außerdem, daß die Bruttowertschafft zwischen gewöhnlichen und weiblichen Arbeitern für letztere eine Art Zuschlag bildet, und Möglichkeiten eröffnet, um Arbeitnehmer zu bezahlen, die traditionell gegen den Markt erpreßt werden. Der Anteil der Arbeiterschaft an der Bruttowertschafft ist von 21 v. H. im Jahre 1913 auf 25 v. H. im Jahre 1925 zurückgegangen.

Weitere Angaben über die niedrige Leistungsschafft zeigen in dem Bericht eingehende Untersuchung. Der Verhältnisse nicht ausreichend berichtet, daß die Gewerkschaften kein Interesse an einer niedrigen Leistungsschafft haben, weil dies auf die Betriebsverhältnisse zwischen den einzelnen Betrieben fast ungleich verteilt. Gegen den Umfang der Heimatheit haben nicht nur die Arbeiterschaften, sondern vor allem auch wirtschaftlich einzige Unternehmer Stellung genommen, i-

Wir haben geltend gemacht, daß für einen Arbeiter, der das Augenlicht auf beiden Augen fast verloren hat, und für den es eine andere Sicht nicht gibt, ein Rentensatz von 25 v. H. viel zu gering sei, und dass einem so schwerverprüften Manne eine ausreichende Rente zu gewähren sei. Das Oberversicherungsamt Braunschweig hat sich in der Sitzung vom 24. März mit der Berufserkrankung unseres Kollegen Sonntag beschäftigt und ist nach einer ausreichenden Begründung zu dem Urteil gekommen, daß an den Kollegen Ludwig Sonntag in Boffzen ab 21. Juli 1930 eine Rente in der Höhe von 60 v. H. zu zahlen ist.

Damit ist aber die Sache noch nicht aus der Welt geschafft. Die Berufsgenossenschaft wird sicherlich gegen das und günstige Urteil Rechtsmittel an das Reichsversicherungsamt einlegen. Wir hoffen aber zuverlässig, daß das Reichsversicherungsamt sich der Entscheidung des Oberversicherungsamts anschließen wird. Legt aber die Berufsgenossenschaft Rechts ein, dann bekommt der Kollege Sonntag wohl vorläufig keine 60prozentige Rente vom Tage der Entscheidung; aber die Berufsgenossenschaft wird

sich weigern, die Rente vom 21. Juli bis 24. März nachzuholen.

Unter Kollege Sonntag hatte in dem vorausgegangenen Jahre einen Arbeitsverdienst von 2004 RM, so daß seine reelle Rente rund 130 RM monatlich betragen dürfte. Es ist das gewiß eine nicht zu vertilgende gerechte Entschädigung die der Kollege für die erlittene Berufskrankheit erhält; aber sicherlich wäre es dem Erkrankten angenehmer, sich in Wohl seines vollen Augenlichts zu befinden. Deshalb der Grundfaß: vorbeugende Maßnahmen zum Schutz der im Betrieb Stehenden zu treffen, damit sie vor den Gefahren eines Unfalls und der Berufskrankheit eingemessen geschützt sind.

Duren (Ahd.)

Am 28. Januar 1930 wurde zwischen der Firma Well & Sohn in Düren ein neuer Vertrag abgeschlossen, der die Röhne ab 1. Februar d. J. neu regelt. Seit dieser Zeit bestehen zwischen der Betriebsleitung und den Glasmachern Differenzen über die Feststellung der Stahlröhne. Von der Firma werden Leistungszahlen verlangt, die nach Ansicht der Glasmacher nicht zu erreichen sind. Die Firma hat nunmehr die Stilllegung des Betriebes beantragt, um auf dem Wege des Einzelarbeitsvertrages zum Ende zu gelangen.

Auch in der Glashütte in Achenbach zeigen sich dieselben Differenzen zwischen Firma und Glasmachern. Die Firma erklärt, daß es unter Zugrundelegung der lebigen Altkordlohnarife nicht möglich sei, weiter zu arbeiten. Auch hier wurde der Antrag auf Stilllegung des Betriebes gestellt.

Beide Firmen bemühen sich aber trotzdem Glasmacher von auswärtig zu bekommen, und von ihnen Angaben über Leistungszahlen für die einzelnen Altkordlohnarife zu erhalten. Von Kollegen, die in Schlesien arbeiten, sind uns darüber nähere Mitteilungen gemacht worden, daß sie bereits Anfragen von den Firmen erhalten haben. Angesichts der hier eingetreteten Verhältnisse ersuchen wir alle auswärtigen Kollegen, unter keinen Umständen auf die Anfragen der beiden Firmen einzugehen und Arbeitsangebote zurückzuweisen. Wollen die Firmen ihre Betriebe stilllegen, dann haben sie auch keine Beschäftigungsmöglichkeit für auswärtige Glasmacher.



Was der Enquêteausschuß weiter feststellte

Wir haben in einem ersten Artikel über einige allgemeine Ergebnisse der Untersuchungen des Enquête-Ausschusses über die Porzellanindustrie berichtet. Wir wollen heute auf einige Einzelfragen eingehen, die unser besonderes Interesse beanspruchen müssen, weil ihre Bedeutung jeder Kollege am eigenen Leibe erfährt.

Sehr eingehend hat sich der Ausschuß mit dem Stand, der Art und dem Erfolg der Rationalisierung beschäftigt. Es wird mit nicht missverständlicher Deutlichkeit an die Abreise der niedrigländigen Betriebe festgestellt, daß die Porzellanindustrie im wesentlichen nach überkommenen Arbeitsmethoden arbeitet, wenn auch eine Reihe von Großbetrieben sich mit Erfolg bemüht hat, an der einen oder anderen Stelle des Produktionsprozesses technische Fortschritte zu erzielen. Gegenüber vielfachen Vorwürfen, daß die Gewerkschaften die Nationalisierung hoffen, steht der Ausschuß ausdrücklich darunter, daß die Gewerkschaften keinen Widerstand geleistet, sondern die Nationalisierung vielmehr gefordert und die technische Produktionsfähigkeit anstrengt ausdrücklich bedauern. Es wird an Einzelfragen gezeigt, wie bei der Ausbereitung der Rohstoffe (durch Verbesserung der Mühlen), bei der Formgebung (Automaten), beim Gießverfahren (Schlauchleitung) und bei der Trocknung (moderne Trocknungsanlagen) Fortschritte erzielt werden können, die die Arbeit erleichtern, die Produktivität erhöhen und die Produktion verbessern. Besonders interessant sind die Ausführungen und Berechnungen über die Wirtschaftlichkeit der Tunnelöfen, die ja bisher von den meisten Unternehmen abgelehnt worden sind. Die untersuchende Gruppe des Enquête-Ausschusses hat auf Grund mehrerer Gesamt- und Einzelvernehmungen von Sachverständigen der Porzellanindustrie und des Ofenbaus, die in eigenen oder bestandenen Betrieben praktische Erfahrungen gemacht haben, den Eindruck gewonnen, daß für Elektroporzellan und Stapelporzellan Tunnelöfen modernster Bauart technisch und wirtschaftlich den Rundöfen wesentlich überlegen sind.

Ebenso wie für die produktionstechnische, so bleibt auch für die kaufmännische Rationalisierung bei vielen Betrieben noch Raum, zumal es sich dabei um Aufgaben handelt, die ohne größere Kapitalbeanspruchung erfüllt werden können. Trotz der zahlreichen Verbände ist die Zusammenarbeit der Unternehmungen noch nicht so weit gediehen, daß die betriebswirtschaftlichen Erfahrungen der fortgeschrittenen Betriebe auch für die mittleren und kleineren Unternehmungen nutzbar gemacht werden können.

Eine genaue Messung des Rationalisierungsgrades ließ sich mangels ausreichender Unterlagen nicht durchführen; jedoch hat der Ausschuß versucht, einen ungefähren Maßstab zu gewinnen. Dabei zeigt sich, daß bei einer ganzen Reihe der untersuchten Betriebe die Stundenproduktion je Arbeiter im Reichswert im allgemeinen stärker gestiegen ist als die Kosten eine Erhöhung, die wesentlich auf die höhere Wirtschaftlichkeit der Arbeitskraft zurückzuführen ist.

In dem Abschnitt Arbeitnehmerverhältnisse wird zunächst festgestellt, daß der Anteil an Lohnarbeitszeit seit 1913 wesentlich gestiegen ist, und daß an dieser Steigerung die Kapitalunternehmen besonders stark beteiligt sind. Der Ausschuß sieht diese Erhöhung ganz Teil an der Rationalisierung, zum Teil aber auch darauf zurück, daß die Aufträge heute häufiger und auf einer höheren konzessionären Höhe erworben werden. Das durchschnittliche Jahresgehalt der kaufmännischen Angestellten beträgt 2150 RM, das der technischen Angestellten 1150 RM. Innerhalb der Arbeiterschaft hat die Bruttowertschafft seit der Weltkrieg beträchtlich zugenommen und auch in den letzten Jahren ist der Anteil an der Bruttowertschafft deutlich gestiegen. Die Verhältnisse sind in dieser Beziehung in den einzelnen Standorten und bei den einzelnen Betrieben unterschiedlich geprägt. Der Anteil an den kaufmännischen Betrieb der Bruttowertschafft zum Teil an die Rationalisierung zurück, beweist aber außerdem, daß die Bruttowertschafft zwischen gewöhnlichen und weiblichen Arbeitern für letztere eine Art Zuschlag bildet, und Möglichkeiten eröffnet, um Arbeitnehmer zu bezahlen, die traditionell gegen den Markt erpreßt werden. Der Anteil der Arbeiterschaft an der Bruttowertschafft ist von 21 v. H. im Jahre 1913 auf 25 v. H. im Jahre 1925 zurückgegangen.

Weitere Angaben über die niedrige Leistungsschafft zeigen in dem Bericht eingehende Untersuchung. Der Verhältnisse nicht ausreichend berichtet, daß die Gewerkschaften kein Interesse an einer niedrigen Leistungsschafft haben, weil dies auf die Betriebsverhältnisse zwischen den einzelnen Betrieben fast ungleich verteilt. Gegen den Umfang der Heimatheit haben nicht nur die Arbeiterschaften, sondern vor allem auch wirtschaftlich einzige Unternehmer Stellung genommen, i-

zentration der Erzeugung auf die besten Betriebe, aber andererseits auch zu einer Vollansammlung dieser Betriebe geführt hätte. Im Dienste der Produktionsbeschränkung steht auch die von uns oft bedauerte Verlustzeitung von Fehlporzellan. Der Fehlporzellanbetrieb hat sich hierzu wie folgt geäußert:

Die Argumente, die von den Herren der Industrie und des Handels für eine völlige oder teilweise Vernichtung des Bruchs vorgebracht werden, sind mir verständlich. Unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt würde ich jedoch eine Vernichtung des Fehlporzellans befürworten, weil damit kaufmächtigwachsende Schichten, den bisherigen Käufern von Fehlware, der Erwerb von Porzellan erschwert wird, und weil die anderen Käufer die reguläre Ware verlieren wird."

Wenn die Wirkung des Geschäftsvorzeilsanlasses im Augenblick durch die schlechte Wirtschaftslage auch sehr beschränkt ist, so muß man sich doch vor Augen halten, daß der Verband in Zeiten besserer Konjunktur seine Preise sehr viel stärker auf Kosten der Konsumenten erhöhen kann, als es bei freier Konkurrenz der Fall wäre. Mag den Käufern einer Porzellansorten sind die Preise vom April 1928 bis Ende 1929 um rund 50 v. H. erhöht worden, und eine im Vertrag aufgeführte Liste von Artikeln zeigt, daß die Preise im Jahre 1930 vielfach das Zweieinhalfache der Vorlagezeit betrugen. Bestimmtlich versucht die Porzellanindustrie seit langem, sich mit ihren an sich in sich konkurrierenden zu verständigen.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß in unserer Industrie die Dinge noch vollkommen im Fluss sind: die Unternehmungszentrale und die Nationalisierung sind bei weitem nicht abgeschlossen, die allgemeinen Abhängigkeitsbedingungen sind auf die Dauer sicher gläufig, da der Porzellanverbrauch mit steigender Massenkonkurrenz ebenfalls zunimmt, aber die Unternehmungszusammenballung einerseits, die starke Kartellierung andererseits können leicht eine monopolistische Preisbildung auf Kosten der Verbraucher ermöglichen, so daß die örtlichen Monopolunternehmen, welche die Gewerkschaften seit langem anstreben, sich lautend auch mit unserer Industrie zu befassen haben wird. Die Gewerkschaften werden der wirtschaftlichen Entwicklung keinen Widerstand leisten, aber sie verlangen, daß alle Produktionsfortschritte in Gestalt billigerer Preise auch den Konsumenten zugute kommen.

Geld

Am 21. März 1931 hatte die Delegationschaft der Porzellansfabrik Gräf & Trippner (Westfälischer Herr Michael Heinrich) darüber zu entscheiden, ob sie durch freie Gewerkschaftler im Betriebs- bzw. Arbeiterrat vertreten sein will oder durch die mit Hilfe des Weihera unterstützten NSDAP-Leute.

Die Wahlpropaganda der Nazis war sehr ausgiebig. Die von dem Weihera bestellten Führer Klughardt und Mühlner der Nazilisten, konnten eine sehr rege und eingehende Tätigkeit für ihre Listen entfalten. In allen Toren des Betriebes konnte man lesen: "Wahl Liste II". Auch hatten die Listenvertreter der Nazi die Erlobnis, im Betrieb Nazi-Schwestern zu verbreiten. Der Unternehmer selbst gab seine angebliche Neutralität zu. Wahlschalt durch einen Kandidaten bekannt. Dadurch ist der Delegationschaft erst klar geworden, daß die Liste der Nazi, auf der auch eine ehemalige Kommunistin kandidierte, die richtige nicht sein kann.

Die Arbeiterschaft gab die richtige Antwort darauf und wählte mit 90 Prozent die Kandidaten der Liste I, freie Gewerkschaft. Die durch das große Vertrauen der Delegationschaft gewählten in Gewerkschaftler sind sich bewußt, daß sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch nicht allen Wünschen gerecht werden können; aber sie sind bestrebt, das Vertrauen der Delegationschaft zu würdigen und das Beste für die Arbeiterschaft mit Hilfe der Organisation zu tun.

Aus diesem Vorwange muß die Arbeiterschaft lernen und den richtigen Schluß ziehen, indem sie sich immer mehr und fester zusammenstellt im Keramischen Bund. Abteilung des Verbundes der Arbeitgeber.

Stahl

Von der Porzellansfabrik Kahla A.G. heißt es, daß sie auf der diesjährigen Frühjahrsmesse trotz des eingetretenen Preisabbaues wirtschaftlich mehr verkauft habe als zur Messe 1930. Exportorderr sind u. a. aus England, Amerika, Frankreich, Schweiz und den nordischen Ländern eingegangen. In Elektroporzellan lagen auch größere Auslandsaufträge vor. Wir wollen wissen, daß die Nachrichten zutreffen, damit die Werke Wertschätzung haben. Dividende soll 1930 wieder nicht verteilt werden. Das mag die Aktionäre schmerzen, aber gegenwärtig sind Austräge wichtiger als das Verteilen von Dividenden, besonders für Kahla A.G.



Rezepte zur Hebung der Bau- und Baustoffwirtschaft

Die Wirtschaftskrise, die sich nicht nur auf Deutschland bezieht, sondern in allen Industrieländern wirkt, hat vor allen Dingen auch die Bau- und Baustoffwirtschaft ganz besonders mitgenommen. Zahlreiche Vorschläge werden gemacht, um die Bau- und Baustoffwirtschaft zu heben. In Deutschland geben die Unternehmer die Schuld an dem Dornröschengesetz der Bau- und Baustoffwirtschaft den hohen Löhnen und schreien schon seit Jahren nach einer Herabsetzung. Dass die "hohen" Löhne in Deutschland an dem Dornröschengesetz der Wirtschaft nicht schuld seien können, zeigen die Länder, wo bedeutend höhere Löhne als in Deutschland gezahlt werden, z. B. England, die nordischen Länder und vor allen Dingen die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die zum Teil doppelt und dreifach höhere Löhne aufweisen. Aber das schadet nichts. Das Geschrei über die hohen Löhne lässt nicht nach. Zu allen Industrien sind die Unternehmer erstaunt bemüht, eine Herabsetzung der Löhne herbeizuführen. Sie werden dabei erstaunt von der Reichsregierung unterstellt, die ja die Parole des Preis- und Lohnabsenkungshausstands hatte, ohne für erstere besonders ernsthafte Verbesserungen zu unternehmen. Für den Lohnabschlag haben aber die Unternehmer selbst in den staatlichen Sichtungsinstanzen erhebliche Helfershelfer gefunden. Die Preisabschlagsparole hatte gerade in den Baustoffindustrien zur Folge, dass die Käufer von Baustoffen mit ihren Austrägen zurückhielten, in der Hoffnung, dass eine noch größere Verbilligung eintreten würde. Vittere Worte hat die Brüderung-Meßregierung wegen der Preisabschlagsparole von den Unternehmen einstehen müssen. Fast alle Unternehmenschefs hatten nur Lohn und Spott für die Preisabsenkungskontrolle der Reichsregierung übrig. Nicht unberechtigt, denn eine Preisentlastung hätte auch, ohne dass man vorher viel davon zu reden brauchte, bei der eingeschränkten Kaufkraft eintreten müssen. Die Lohnabschlagsparole haben die Unternehmer erstaunt besorgt. Was sie auszusetzen hatten in dieser Beziehung war, dass die Meßregierung ihnen noch nicht weitgehend genug entgegenkam. Wenn heute verschleißendlich Preissenkungen eingetreten sind, dann nicht wegen, sondern trotz der Parole der Meßregierung. Eine Besserung der Wirtschaftslage ist aber blauer, trotzdem verschleißendlich bei den Großhandelspreisen erhebliche Preissenkungen verzeichnet werden können, noch nicht eingetreten. Im Gegenteil, dadurch, dass mit den Preissenkungen zugleich eine Lohnabsenkungskampagne von Seiten der Unternehmen, die von den staatlichen Stellen unterstützt wurden, einsetzte, ist die Kaufkraft noch mehr gesunken. Gerade auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft hat sich die in den Großhandelspreisen bemerkbare Preisabsenkung bisher fast gar nicht ausgewirkt, weil die Kleinhandelspreise nicht, aber nur in ungenügender Weise den Großhandelspreisen nach unten gesetzt sind.

Man kann also sagen, dass durch die bereits erfolgten, zum Teil erheblichen Lohnherabsetzungen, eine weitere Einschränkung der Kaufkraft und somit auch des gesamten Wirtschaftslebens zu verzeichnen ist.

Wirtschaftspolitiker und sonstige Moryphäen der Wissenschaft bemühen sich erstaunt, einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise zu finden. Berufene und Unberufene machen in Fach- und Zeitungszeitungen allerhand Vorschläge, ohne dass man sagen könnte, dass der eine oder andere unter den heutigen Gesellschaftsstandards gängbar wäre.

So sind in letzter Zeit, und nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern, Vorschläge gemacht worden, wie der Arbeitslosigkeit mit damit der Wirtschaftskrise abzuholzen sei.

U. a. führte auch z. B. der englische Nationalökonom Keynes vor kurzem über Sparen und Beteiligung der Arbeitslosigkeit in einem Radiospiel ungefähr folgendes aus:

"Wer fünf Schilling pro Tag spart, macht dadurch einen Mann für einen Tag arbeitslos."

Keynes ist von der Arbeitslosenunterstützung nicht sehr erstaunt, weil sie unproduktiv ist.

"Deshalb sollte man, um die große Arbeitslosigkeit zu heben, den ganzen südlichen Teil von London, von Westminster bis Greenwich, niederrichten und neu aufzubauen.

Dann hätten die Arbeitslosen Beschäftigung und London wäre einen häblichen Stadtteil los."

Das hört sich nun alles schön an und würde sicher, wenn es verwirklicht werden könnte, eine große Anzahl Arbeitslose ausspielen, sowie auch den Baustoffindustrien wieder auf die Beine helfen. Aber das solche Pläne innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft verwirklicht werden können oder vielmehr, dass bei den Kapitalistentreinen der Wille zur Gelbhergabe für solche Pläne vorhanden sein sollte, glaubt wohl auch selbst Keynes nicht.

Auch in den Kreisen der deutschen Baustoffindustriellen sprühen in letzter Zeit allerhand Pläne, wie der Baustoffwirtschaft wieder auf die Beine gehoben werden kann. Dass es mit Lohnabbau allein nicht geht, ist in den Nachblättern, die in letzter Zeit erschienen sind, schon mehrfach zum Ausdruck gekommen. So wird in Nr. 4 der "Ziegelwelt" vom 19. Februar 1931 die Wirtschaftskrise besprochen und dabei ausgeführt, dass sich die Arbeitnehmer mit dem Lohnabbau abfinden hätten. Das psychologische Moment dafür wäre gegeben, aber es wird konstatiert, dass der Lohnabbau eine Reaktion habe, indem er die Kaufkraft schwächt, ohne dass die Arbeitgeber die Gewähr gegeben hätten, dass die ersparten Beträge den Betrieben zugute kommen. Dabei wird dann ein Vorschlag besprochen, den Kommerzienrat Schmitz ergriffen. Zwischen gemacht hat, und der ungefähr folgendes besagt:

"Die Arbeitgeber bezahlen den bisherigen Lohn. Der Arbeitnehmer bekommt jedoch nur 90 Proz. ausgeschüttet. 10 Proz. werden ihm in Form von Klebemarken (ähnlich wie bei der Angestellten- und Invaliden-Versicherung) ausgeschrieben. Die Beträge dafür werden an eine zentrale Kasse abgeführt. Den Arbeitnehmern bleibt das Eigentum an dem 10 prozentigen Lohnanteil. Die zentrale Stelle wird verpflichtet, die gesamten auf diese Weise eingehenden Beträge ausschließlich zum Bau von Kleinwohnungen zu verwenden. Die so gesammelten Beträge werden dem Arbeiter mit 1 Proz. verzinst und die Zentralstelle plädiert ihrerseits die Gelder ebenfalls mit 1 Proz. Rendite zusätzlich eines Verwaltungsbetriebs in ungefähr der gleichen Höhe, eventuell in Aktiengattung, bei baufähigen Arbeitnehmern oder den Vereinigungen von solchen. Schmiede erwartet, dass sich auch andere Kästen bei geringem Risiko wegen mobilisieren und zusammen mit dem billigen Kapital der Zentralstelle der Bauförderung in Deutschland 5 bis 6 Milliarden zuführen würden. Das Volumen könnte sich also verdoppeln. Bei einem durchschnittlichen östlichen Einkommen von 2000 RM könnten, wenn der Vorschlag verwirklicht würde 2% Millionen Menschen mehr beschäftigt werden. Die Arbeitslosigkeit würde (das Reichsarbeitsministerium rechnet mit durchschnittlich 1,9 Millionen*) dadurch fast vollständig beseitigt werden."

* Inzwischen hat aber die Arbeitslosenziffer fast 5 Millionen erreicht.

Das ist der eine Vorschlag.

Ein anderer Vorschlag wurde in Nr. 5 der Unternehmerwirtschaftszeitung "Ziegel und Cement" vom 30. Januar 1931 gemacht, und zwar folgender:

"Sobald über 2000 RM Existenzminimum jährliches Einkommen bestehende sollte oder müsste mit dem darüber schiedenen Betrag Geld zum Bauen geben, dann wären genügende Röns da, um die Bauwirtschaft sofort und gründlich neu anzurufen."

"Ziegel und Cement" schlägt manchmal recht radikale Löne an, aber wir wollen, dass, wenn die höheren Einkommen einmal auf geistiger Weise stärker zu den Lasten herangezogen werden sollten, sicher auch "Ziegel und Cement" nicht auf Seiten derer zu stehen sein wird, die entsprechende Weise befürworten.

In der gleichen Notiz spricht sich "Ziegel und Cement" auch gegen die Pensionen der Staats- und sonstigen Beamten aus. Das wird in folgenden Worten gesagt:

"Federmann ist sich über den Luxus, die Vermögen und Einkommen auf der einen Seite und die Armut auf der anderen Seite klar und weiß, dass sich auch von Rechts herzuverhalten ist, dass die Beamten des Staates und der Kommune nach der Decke strecken müssen, wenn die Gehobenen sein oder nur wenig Geld zum Auszahlen haben. Man kann die Beamten auf die Dauer unmöglich von gewöhnlichen Geldern bezahlen und ihnen Pensionen gewähren, die noch immer 20 Proz. ihres früheren Gehalts betragen, und die nur an dem Aufstieg hindern."

Sowohl die höher bezahlten Beamten in Frage kommen, kann man den Ansprüchen recht geben. Aber ist es nicht eine grobe Heuchelei, wenn man nur einen Stand nennt, aber die mit Gehobenen bis über 1000 000 RM jährlich bezahlten Generaldirektoren und Beamten der großen Konzerne, Post und Eisenbahn usw. vollständig aus dem Spiele lässt. Wir glauben, dass auch da für Klärung der Wirtschaft noch viel Geld gebraucht werden könnte, wenn deren Bezüge etwas beschränkt würden.

"Ziegel und Cement" führt dann noch Kritikern der hohen Pensionen fort und sagt:

"Alles Geld über 5000 RM Jahreseinkommen über, wenn nötig, nur ein Teil desselben, würde zwar für die Bessergestellten einfache Lebensführung bedingen, was sie nicht zum Verhungern bringt, und wirklich positiv Geld für die Anklärung der Lasten heranziehen werden können."

Sicher würden auch diejenigen, welche nicht viel über 2000 RM Einkommen haben, einverstanden mit solchen Plänen sein, wenn bei den höheren Einkommen der Beitrag prozentual gestaffelt würde, aber da liegt ja der Fehler. Wir glauben, wenn von den Arbeitervarianten ähnliche Vorschläge in den gelegenen Abgesprächen gemacht würden, man von Demagogen und ähnlichen Dingen reden und gegen solche Vorschläge stimmen würde. Wir brauchen in diesem Zusammenhang nur zu erinnern an die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag im Reichstag im Dezember 1930, alle Einkommen über 2000 RM, Millionärsgewinne usw., stärker zu erfassen, der von allen blutgetränkten Parteien, einschließlich der Nationalsozialisten, abgelehnt wurde.

Man hat beim Lesen solcher Vorschläge sehr oft die Empfindung, dass sie an Demagogen noch die Vorschläge, die von radikalischer Seite sehr oft gemacht werden (z. B. wenn man Anträge einbringt, nach denen Arbeitslose so an 275 RM Unterstützung neben freier Wohnung, Licht, Heizung usw. erhalten sollen), noch übertreffen. Man weiß von vornherein, dass solche Vorschläge in der heutigen Gesellschaftsordnung nicht zur Durchführung gelangen werden, deshalb macht man sie. Das steht auf dem Papier schön aus und kostet nichts. Die Belebung der Arbeiter- und Angestelltenchaft mit niedrigen Einkommen bringt man wohl fertig, da bedarf es nur einer Verordnung auf Grund Artikel 43 der RvG, aber auf geistiger Weise die Lasten auf härtere Schultern abzuwälzen, scheitert an dem Widerstand alter kapitalistischer Kreise. Das Mögliche bei der ganzen Sache ist nur, dass den besseren Klassen in ihrem Bestreben, die Lasten auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, von einem großen Teil der letzteren Helfershelferdienste gefestigt wird. Obwohl dem nicht so brauchen heute Probleme, wie der Wirtschaft wieder auf die Beine geholfen werden kann, kaum mehr erörtert zu werden, denn dann würden diejenigen, welche nicht ganz schlusslos an den heutigen Zuständen sind, stärker zur Tragung der Lasten heranziehen werden können.

Die Arbeiterschaft müsste gerade aus den Auswirkungen der Wirtschaftskrise das eine lernen, dass alle Kapitalmittelpunkte, die von privatwirtschaftlicher Seite vorgeschlagen werden, uns schließlich nicht aus dem Elend des kapitalistischen Systems erlösen können. Alle Vorschläge absehn letzten Endes nur darin, dass die privatkapitalistische Weltordnung auf ewige Zeiten wieder fest, und zwar aus Kosten der breiten Masse, der Arbeiterschaft, verankert wird.

Nur einiges geschlossenes Zusammenstehen und Zusammenwirken der gesamten Arbeiterschaft kann uns von dem Elend der kapitalistischen Gesellschaftsordnung für immer erlösen.

Die öffentliche Hand in der Baustoffindustrie

Der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs hat sich durch die Herausgabe eines "Handbuches der öffentlichen Wirtschaft" ein großes Verdienst erworben. Wir ersehen daraus die Bedeutung der öffentlichen Hand als Wirtschaftsfaktor und ihre Stellung in der Gesamtirtschaft. Durch die überzähligliche Einzelzung ist es möglich, die Betätigung der öffentlichen Hand in den einzelnen Wirtschaftszweigen zu verstehen und ihre Umfang festzustellen. Auch in den uns interessierenden Industriezweigen, wie in der Baustoffindustrie und der Keramik, ist die öffentliche Hand stark vertreten. Doch liegt für die Industriezweige die Bedeutung der öffentlichen Hand mehr in ihrer Eigenschaft als großer Arbeitnehmer denn als Selbstproduzent. So wird der Wert der Baumaterialien, die Fleisch und Leder im Jahre 1927 bezogen, auf 160 Millionen Reichsmark geschätzt. Die Ausgaben der Kommunen für Baustoffe und Baumaterialien betragen nach einer Schätzung von Prof. Mergenthaler für die Städte mit über 50 000 Einwohnern im Haushaltsjahr 1928/29 rund 200 Millionen Reichsmark.

Nach dem Jahrmaterial besaßen sich im Jahre 1925 insgesamt 334 Unternehmungen der Baustoffindustrie im rein öffentlichen Besitz oder im öffentlichen Majoritätsbesitz. In diesen Betrieben standen 13 000 Arbeiter beschäftigt. Auf die einzelnen Zweige der Baustoffindustrie verteilen sich diese Unternehmungen wie folgt:

Unter- Geschäftigte
nehmungen Personen

Kies, Sandbetriebe usw.	99	796
Ziegelerien	121	4743
Steinbruchbetriebe	160	7392
Kaliindustrie	3	326
Vetonwaren- und Bleiverarbeitungsindustrie	11	140

Eine Anzahl von Kommunen besitzt heute Kiesgruben, Ziegelerien, Schlagsteinfabriken und Kaliwerke, die in eigener Regie oder in eigenen Gesellschaften betrieben werden oder verpachtet sind. Die Städte Witten und Münster besitzen eigene Fabrikationsanlagen zur Herstellung von Platten und Fliesen. Hamburg stellt seit vielen Jahren seine Fußwegplatten in eigener Regie her. Die Niedersächser Kaliwerke werden von der Preußag verwaltet, und die Jura-Dollschiefer-A.-G. in Hofheim in Württemberg gehört zu 62 Proz. dem württembergischen Staat. Die Hauptprodukte der Jura-Werke sind Schiefer und Dol, daneben Zement in einer jährlichen Produktionsmenge von etwa 60 000 Tonnen. Die Jura-Werke haben ihre Produktion eine Zeitlang als Rückenleiter 20 Proz. unter den Syndikatsspreisen verkauft, sind wegen dieser Preispolitik vom Syndikat verboten worden, und haben sich im Jahre 1926 dem Süddeutschen Zementverband angellossen. Als Nebenbetriebe befinden sich in den staatlichen Verwaltungsbetrieben große Ziegelerien und Schlagsteinfabriken.

In der Vorriegszeit hatten nur ganz wenige Gemeinden eigene Ziegelerien. Das hat sich in der Nachkriegszeit bedeutend geändert. Die Ursache dieser Veränderung ist hauptsächlich in der Notlage dieser Gemeinden zu suchen, dass sich die Gemeinden nach dem Kriege in erheblich stärkerer Lage auf dem Gebiete des Wohnungsbauens beschäftigen. So ist nunmehr die Zahl der kleinen Ziegelerien außerordentlich groß, die die Städte aus kapitalistischen Händen übernommen haben. Sie haben damit den Betrieb vor dem Anfangsbrand hemmt und verbüten, dass viele Arbeiter auf die Straße gesetzt werden. Im Mai 1929 gab es 32 Städte mit eigenen Ziegelerien, die eine Jahresproduktion von 180 bis 190 Millionen Steinen aufweisen. In diesen Betrieben werden im Sommer etwa 1760, im Winter etwa 570 Arbeiter beschäftigt. Die Betriebe werden größtenteils als Kämmereibetriebe geführt, vereinzelt auch in Form einer G. m. b. H.

Doch ist die Zahl der Ziegelerien noch wesentlich größer als aus der obigen Zahl hervorgeht, die durch eine Umfrage des Deutschen Städtebaus ermittelt wurde. Im Jahre 1925 verfügten die Städte über 102 Regieziegelerien mit 225 Beschäftigten Personen und über 19 Ziegelerien im Gesellschaftsbetrieb mit 118 Beschäftigten. Von der Gesamtzahl dieser Ziegelerien beschäftigen 21 Betriebe mehr als 50 Personen. Da in der Ziegelindustrie etwa 180 000 Personen beschäftigt sind, so ist mit der Anteil der in Betrieb befindlichen Beschäftigten nicht erheblich hoch, doch aber beachtlich.

Es ist natürlich erklärlich, dass die Kommunen mit ihren Werken einen beträchtlichen Teil ihres eigenen Bedarfs decken können. Auch können die preiskompetitiven Werke

tätigung der öffentlichen Hand von den privaten Baustoffkapitalisten bestimmt wird, ist erklärlich aus der Tatsache heraus, dass die Kommunen meist sich nicht auf schlossene Wohndräckereien hergeben. Manentlich dort, wo die Kommunen eine Arbeiterschaft haben, können die Betriebe durch gute Organisation beweisen, dass sie auch bei hohen Löhnen existieren. In dem Falle wird die Stellung der Baustoffbetriebe mit folgenden Worten umschrieben: "Wenn auch hier und da die Kommunen bei dem Betrieb von Ziegelerien usw. haben Leihgaben müssen, so ist doch gesamtwirtschaftlich ein Einbringen der öffentlichen Hand in die Baustoffwirtschaft durchaus möglich zu werten, da die öffentlichen Werke teilweise Kriegsgebäude, wie sie im Siegelaufwerke, in der Kaliindustrie usw. an der Tagesordnung sind, verhindern oder erschweren, und eine Überlebung der Baustoffpreise, die für die Kommunen als größte Bauunternehmer sehr ins Gewicht fällt, und die der Verbilligung der Neubaustoffen und Neubaumieten entgegensteht, korrigieren können."

Der jährliche Produktionswert der in der Staatlichen Porzellanmanufaktur erzeugten Waren wird in dem Werk auf 3,2 Millionen Reichsmark und der der Staatlichen Porzellanmanufaktur Meissen auf 4 Millionen Reichsmark angegeben. Auch wenn diese Betriebe vorübergehend staatliche Aufschüsse erfordern, so sei es doch notwendig, dass sie erhalten bleiben. Zwischen Meissen, Berlin und Nymphenburg hat sich seit 1930 eine Zusammenarbeit angebahnt.

Neumann.

Abbauwünsche bei der Unfallversicherung

Der Kampf gegen die Sozialversicherung wird von allen Unternehmerverbänden in unverminderter Stärke fortgeführ. Das Unternehmertum denkt und handelt nach dem bekannten Sprichwort: "Steter Tropfen höhlt den Stein". Das in diesem Kampfe die Ziegeleriebetriebe nicht abtreten lassen, ist nur zu verständlich. Die Ziegeleriebetriebe müssen überall dort, wo es gilt, die Rechte der Arbeiterschaft zu beschützen, dabei sein. So finden wir in der "Deutschen Ziegel-Zeitung" vom 4. März dieses Jahres einen Aufruf über "Notwendige Reformen in der Sozialversicherung".

Zunächst wird auf die hohe Belastung der Industrie durch die Sozialversicherung hingewiesen. Das im Jahre 1930 der Sozialrat 632 Milliarden Reichsmark betragen habe, während im Jahre 1913 nur 2 Milliarden Reichsmark ausgetragen worden seien. Trotz dieser hohen Belastung würden schon einige Zweige der Sozialversicherung notleidend und könnten nur durch Reichszuschüsse ihrer Verpflichtungen nachkommen. Die bekannten Reformen auf Grund der Notverordnung in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung hätten zwar eine Erleichterung gebracht, jedoch genügten diese Reformen nicht. Es wird dann ein Aufruf gegen die kleinen Renten, die zwar für den einzelnen Beschäftigten nicht viel ausmachen, dagegen aber die Versicherung in ihrer Gesamtheit sehr stark belasten. Außerdem verursachen die vielen kleinen Renten in der Bevölkerungslasten, sehr erhebliche Kosten.

Wir sehen hier, dass auch die Fachrichtungen der Ziegeleriebetriebe sich dafür einsetzen, dass die kleinen Renten fortfallen. Mag der Arbeiter oder die Arbeiterin einen Unfall erleiden, wonach der Unfallverleiter keine Erwerbsfähigkeit hat, so ist es in seiner Erwerbsfähigkeit infolge eines Unfalls um 15% herabgesetzt, das ist 15% zu bedenken. Für den Arbeiter nur eine Kleinigkeit. Aber wie steht es hier, dass die Unfallversicherung von der Unternehmertum als ein lästiges Nebel betrachtet wird.

Besonders scheinen die geistlichen Bestimmungen der Unfallversicherung den Unternehmern nicht zu passen, wonach Unfälle, die sich auf dem Wege von der Wohnung zur Arbeitsstelle und von der Arbeitsstelle wieder zurück zur Wohnung ergeben, entschädigt werden müssen.

Im heim Artikel heißt es: „Eine weitere Sünde war die Einbeziehung des Weges von und zur Arbeitsstelle in die Unfallversicherung. Was haben die Gefahren des technischen Betriebes, gegen die der Arbeiter zu schützen ist, mit den Gefahren des täglichen Lebens zu tun, von denen der Arbeitnehmer auf dem Arbeitswege betroffen werden kann?“ Diesen Gefahren ist jeder Bürger ausgesetzt, und wenn er diese nicht auf sich nehmen will, so ist es seine Aufgabe, sich hiergegen selbst zu schützen. Hinzukommt, daß bei der menschlichen Natur diese Versicherung auch moralisch verderblich wirken muss, da die Versicherung vorliegt, alle Unfälle als auf dem Arbeitswege darstellen. Ganz frei kann man in dieser Richtung auch die Rechtsprechung nicht sprechen, die in der Auslegung dieser Paragraphen zugunsten des sozial Schwächeren außerordentlich weit gegangen ist.“

Den Gewerkschaften ist es nach langem hartem Kampf gelungen, gerade diese Bestimmung der Gesetze zu hineinzubringen. Es liegt nach unserer Ansicht auch gar kein Grund vor, diese Bestimmung zu bestreiten. Der Arbeiter stellt seine Arbeitskraft, sobald er seine Wohnung verläßt und zur Arbeit geht, dem Betriebe zur Verfügung. Der Weg von und zur Arbeitsstätte muß mit unter dem Schutz der Gesetzgebung stehen. Die Unfälle, die auf dem Arbeitswege vorkommen, sind wenige, und fallen bei der großen Zahl der Betriebsunfälle nicht ins Gewicht. Es ist daher notwendig, daß die Arbeiterschaft gegenüber diesen Bestrebungen des Unternehmers ein wachsame Auge hat.

Konzentration des Aktienkapitals in der Baustoffindustrie

Die Konzentration des Aktienkapitals hat auch im Jahre 1930 in der Baustoffindustrie wie auch in der Gesamtindustrie bedeutende Fortschritte gemacht. Die Wirtschaftskrise hat die Kapitalkonzentration, die nach der Stabilisierung der Währung ein schnelles Tempo angenommen hat, gewaltig gefördert. So wohl in der Industrie der Grundstoffe wie in der verarbeitenden Industrie ist die Zahl der Aktiengesellschaften erheblich zurückgegangen, während das Kapital bedeutend gestiegen ist. So hat sich nach einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes die Zahl der deutschen Aktiengesellschaften von 12 010 am 31. Dezember 1925 auf 10 970 am 31. Dezember 1930 verringert.

	1929	1930
mit einem Kapital bis	Nominal-	Nominal-
	kapital	kapital
5 000 bis 50 000 RM	5	0,02
50 000 bis 100 000 RM	45	1,11
100 000 bis 500 000 RM	35	2,3
500 000 bis 1 000 000 RM	127	29,3
1 000 000 bis 5 000 000 RM	43	41
5 000 000 bis 20 000 000 RM	80	160,0
20 000 000 und mehr	4	69,0
		4 108,0
		4 107,0

Die Aktiengesellschaften mit einem Kapital bis zu 1 Million Reichsmark haben danach um 15, von 270 auf 255 abgenommen, die großen mit mehr Kapital sind um 12, von 80 auf 92 gestiegen. Das Kapital konzentriert sich nach oben. Dies geht auch daraus hervor, wenn man das Gesamtkapital der kleinen Gesellschaften mit dem der großen gegenüberstellt. So verringerte sich das Kapital der Gesellschaften mit einem Nominalkapital bis zu 1 Million Reichsmark von 62,3 Millionen auf 61,7 Millionen, während das Kapital der größeren Gesellschaften von 329 auf 337 Millionen Reichsmark stieg. R e u m a n n.

Die Aktiengesellschaften mit einem Kapital bis zu 1 Million Reichsmark haben danach um 15, von 270 auf 255 abgenommen, die großen mit mehr Kapital sind um 12, von 80 auf 92 gestiegen. Das Kapital konzentriert sich nach oben. Dies geht auch daraus hervor, wenn man das Gesamtkapital der kleinen Gesellschaften mit dem der großen gegenüberstellt. So verringerte sich das Kapital der Gesellschaften mit einem Nominalkapital bis zu 1 Million Reichsmark von 62,3 Millionen auf 61,7 Millionen, während das Kapital der größeren Gesellschaften von 329 auf 337 Millionen Reichsmark stieg. R e u m a n n.

Gau 3, Zahlstellenleiterkonferenz

Zum 15. März 1931 hatte die Gauleitung nach dem Gewerkschaftshaus in Berlin eine Zahlstellenleiterkonferenz einberufen.

Es waren 63 Delegierte anwesend, außerdem die beiden Branden-Bauleiter für Glas und Porzellan aus Dresden, der Vertreter des Keramischen Bundes sowie die Kollegen Hollmeyer, Weddow und Bruns. Vom Hauptvorstand war der Vorsitzende, Kollege Thiemig, erschienen und sprach erneut über das Thema „Kommu-ni-sche-nat-i-o-nal sozialisti-sche Gewerkschaftsbestrebungen“. Er führte unter anderem etwa folgendes aus: Die herrschende Klasse versucht die schweren Wirtschaftsfolgen auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Daraus ergibt sich, daß die Gewerkschaften ihre Tätigkeit in der Werbung neuer Mitglieder erhöhen müssen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem war wohl imstande, fünf Millionen Arbeitslose zu schaffen, aber keine Arbeitsmöglichkeit für die fleißigen Hände. Die kapitalistische Klasse war unfähig, einst den schrecklichsten aller Kriege zu verhindern, unfähig die Inflation zu verhindern, sie war unfähig, die Arbeitslosigkeit zu bannen und ist unfähig, die Beamten und Arbeiter vor der Vereinigung zu bewahren. Die Gewerkschaften haben in den Jahren nach der Inflation Arbeitserfordernisses für ihre Mitglieder geleistet, sie können im Jahre 1931 nicht soviel erreichen, denn sie stehen hart in der Abwehr, aber auch im Angriff. Die Unorganisierten sind nicht nur die Schmarotzer an den Errungenschaften der Gewerkschaften, sondern darüber hinaus noch ihre böswilligsten Verbündeten. Dazu erscheinen jetzt noch zwei neue Gewerkschaftsgebiets, die kommunistische AGD und die Gewerkschaft der Nationalsozialisten. In ihren Sätzen gleichen sie sich wie gleiche Karren, nur in anderen Farben. Der Kampf der AGD gegen die Gewerkschaftsbewegung besteht schon solange wie die AGD überhaupt. Sie betrachtet es aber nicht etwa als ihre Pflicht, die Lebenshaltung des Arbeiters zu verbessern, sondern sie will im Rahmen der neu gegründeten AGD eine Machtposition für ihre politischen Zwecke erringen, um ein Chaos zu schaffen, die Arbeiterschaft völlig zu vereinden und zur Zersetzung zu treiben. Dazu dient die politischen Abenteurer, die Nazis, nicht schaden können, ist wohl verständlich. Auch sie haben ein Gewerkschaftsgebilde ausgezogen, worüber sich die Kommunisten zwar belagern und den Nazis vorwerfen, sie hätten ihnen das Progroma geschnitten und von ihnen den Zug und Weitrag getragen. Kollege Thiemig ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß derzeitige, der sich zu den Gewerkschaften der AGD oder der Nazis bekennt, oder sie fördert, in unseren Reihen keinen Platz mehr hat. Es sollt uns deutschen Gewerkschaften nicht ein in die russischen Gewerkschaftsmethoden hinzuziehen, das sollte können wie aber auch von den Russen verlangt. Das die Nationalsozialisten und Kommunisten für die Arbeiterschaft in Wirklichkeit nichts anderes haben als Phrasen, dies haben sie oft genug in Wort und Schrift und durch die Tat bekannt. — Kollege Gerlinski, Berlin, stellte sich in der Diskussion als Kommunist vor und wandte sich gegen die Gründung einer kommunistischen Gewerkschaft. Er erklärte, daß die Kollegen, die heute der AGD angehören, niemals in der Lage sein würden, wirtschaftliche Fähigkeit bei ihren niedrigen Verträgen mit Eisola zu führen. — Kollege Küller, Berlin, räumte die Geigerkeit nicht ein, sondern erklärte, daß es mir keinen Zweck gehe, die AGD und Nazi-Gewerkschaften gegenüber zu sitzen. Heute noch bedare es der Zeitung in Berlin, daß sie nicht feiner darüber gegen die kommunistischen Gewerkschaftsverbände gehandelt habe. Der Kampf gegen die AGD erende sich auf der Tatsache, daß sie als Feind der freien Gewerkschaftsbewegung auftrate, während die AGD die einzige Partei ist, welche die freien Gewerkschaften in ihren Programmen energetisch unterstützt. Der zustimmende Bevoll der Delegierten unterstützte die Richtigkeit dieser Ausschüsse.

Zum Berichtsbericht, der gebraucht vorlag, gab der Vorsitzende, Kollege Ebel, seine Erläuterung. Es zeigte sich auch da wieder, daß die Gewerkschaften, wo sie dort sind, den Arbeitern sehr bei den Gewerkschaften ein Vorstoß brachten.

Für die Tätigkeit der AGD in einigen Fabrikbezirken von außen her bewußt war, in Form von persönlichen Verhandlungen gegen die Arbeitgeber, ist verständlich. Es liegt jedoch fest, daß die Gewerkschaftsfunktionäre möglichst zu beobachten und heranzuziehen, es soll den unorganisierten ersten Schritt machen, einer freien Gewerkschaft beizutreten. Der kommunistische Raum gilt einfach der freien Gewerkschaft überzeugt. Der Letztere, welche sich gegen diese Methoden wendet, wird ebenfalls der Vorwurf gemacht, sie zerstört

geri, während das Nominalkapital dieser Gesellschaften gleichzeitig von 19,1 Milliarden auf 24,2 Milliarden Reichsmark stieg, im Durchschnitt je Gesellschaft von 1 469 700 Reichsmark auf 2 205 000 Reichsmark. Von 1929 bis 1930 verringerten sich die Gesellschaften um 374, das Kapital dagegen stieg um 461 Millionen Reichsmark.

In seinem Bericht betonte Weißfeld besonders, daß es mit der Wahl zum Betriebsrat nicht schon genug sei. Nach der Wahl seie erst die Arbeit richtig ein. Bei der reinen Betriebsratsfähigkeit sei aber niemals auf die Gewerkschaftsarbeiter zu verzichten. Ein guter Stamm von Vertrauensleuten müsse in jedem Betrieb vorhanden sein. Um Bildungsmöglichkeiten lasse es unser Verband nicht fehlen; er verwies dabei auf die Verbandschule, die Verbandszeitungen, den Betriebsrat, die Gewerkschaftszeitung usw. Im Schluswort betonte Kollege G a m p i g, wenn die Verwaltung sehe, daß die Ausgaben nicht umsonst waren, später einmal ein Wochenendkursus durchgeführt werden soll. Für dieses Mal hieß es, daß die Vermögen in den Betrieben praktisch zu verarbeiten. Bei der Firma Billeroy & Voß und im Hochsauerland haben die AGD-Leute keine Liste eingereicht, obwohl vor einigen Tagen die AGD-Zeitung schrieb, daß in den beiden Betrieben die AGD wieder die Führung bei der Wahl

noch besser ausgenutzt werden können. Unsere Kolleginnen machten Kopf mit; wenn auch nur fünf an der Sitzung teilnahmen, so ist doch eine Befreiung zu verzeichnen.

In seinem Bericht betonte Weißfeld besonders, daß es mit der Wahl zum Betriebsrat nicht schon genug sei. Nach der Wahl seie erst die Arbeit richtig ein. Bei der reinen Betriebsratsfähigkeit sei aber niemals auf die Gewerkschaftsarbeiter zu verzichten. Ein guter Stamm von Vertrauensleuten müsse in jedem Betrieb vorhanden sein. Um Bildungsmöglichkeiten lasse es unser Verband nicht fehlen; er verwies dabei auf die Verbandschule, die Verbandszeitungen, den Betriebsrat, die Gewerkschaftszeitung usw. Im Schluswort betonte Kollege G a m p i g, wenn die Verwaltung sehe, daß die Ausgaben nicht umsonst waren, später einmal ein Wochenendkursus durchgeführt werden soll. Für dieses Mal hieß es, daß die Vermögen in den Betrieben praktisch zu verarbeiten. Bei der Firma Billeroy & Voß und im Hochsauerland haben die AGD-Leute keine Liste eingereicht, obwohl vor einigen Tagen die AGD-Zeitung schrieb, daß in den beiden Betrieben die AGD wieder die Führung bei der Wahl

Abrechnung der Hauptkasse für das 4. Quartal 1930

Einnahmen:	RM
a) Kassenbestand	2 239 034,88 RM
b) Zahlstellen	920 595,99
c) Beiträge	3 568 000,97
Extrabeiträge	4 066 195,-
Extrabeiträge der Angestellten	9 092,05
Mehreingang von den Zahlstellen	5 885,77
Einzelmitgliedern	185 342,97
Protokollen	67,13
Ergebnis	2,50
Büchern und Broschüren	801,00
Wirobedarf	4 613,65
„Proletarier“	2 297,20
Film	2 241,04
Büsen	103 137,30
zurückgezahlten Unterstützungen	12 943,76
Kraftwagen	600,-
zurückgezählten Beiträgen	9 010,29
Beihilfe d. Zahlstellen a. Sonderunterstützung	29 076,22
sonstigen Einnahmen	497,50
Aus dem Vermögensbestand	20 463,53
an Beiträgen zur Unterstützungsstelle	14 727,53
Summa	8 093 210,16

Ausgaben:	RM
Per Erwerbslosenunterstützung:	508,00
a) an Neisende	1 816 736,67
b) an Arbeitslose	437 125,42
c) an Freunde	800 767,40
Invalideunterstützung	15 982,59
Reichsbund	4 418,67
Gewährungsunterstützung	12 800,55
Umgangszunterstützung	470 000,26
Solltagunterstützung	80 779,59
Sterbenunterstützung	145 454,00
Streitunterstützung	1 681 097,03
Anteile der Zahlstellen	3 502,70
Marken und Stempel	6 191,20
Posto, Postcheck, Bankspesen	208,50
Vorstands- und Ausschreibungen	2 528,40
Revisonen der Zahlstellen und Hauptkasse	98 118,80
Gehälter	55 075,53
Ver sicherungsbeiträge	60 496,73
Verband des „Proletarier“	23 665,51
Betriebsräte- und Frauzeitschriften	1 938,40
verschiedene Drucksachen	10 814,85
Verband- und Packmaterial	612,79
Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honorar	11 655,10
Büromaschinen und Reparaturen	8 514,40
Buchbindereien	27 078,60
Kraftwagen- und Kraftwagenbedarf	12 050,31
Büromiete, Heizung, Licht, Reinigung	10 442,95
Büroeinrichtungen und Bürobedarf	10 097,47
Tarifverhandlungen	10 422,40
Zentralen und lokale Tarifinstanzen	8 028,86
Konferenzen	14 574,46
Agitation	7 240,-
Film	8 801,90
Gouvernements	208 300,-
Keramischer Bund, einschl. Zeitung	150 000,-
Arbeiterwohlfahrt, Kurse, Bild-Fonds	311,50
Schule, Bewilligungen	50 000,-
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund	41 160,16
internationale Verpflichtungen	8 802,80
Verbalisierung berechtigter Zahlstellen	17 165,64
Guthaben der Zahlstellen zurückgesandt	55 171,17
sonstige Ausgaben	8 868,05
Bernigungsbestand	57 687,27
Stellenbestand am Schluß des 4. Quartals 1930:	
a) Hauptkasse	2 678 859,19 RM
b) Zahlstellen	922 780,49
Summa	8 093 210,16

Hannover, den 23. März 1931.
Carl Thiemig, 1. Kassierer.
Otto Stawibeli, 2. Kassierer.

Revisor: Carl Gremmel. Stell. Stolle. H. Löbermann.

Ausschüsse

Ausschüsse wurden auf Grund des § 14, Riff. 8 a und b in Verbindung mit § 14, Riff. 5 des Status des bisherigen Mitglieds der Zahlstellen: Peter Boppa, Vndr. Mr. 651 884; gemäß § 14, Riff. 8 a in Verbindung mit § 14, Riff. 5 des Verbandsstatus die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Gottlob Heinrich Städte, Mitgli. Mr. 904 664, Alfred Höhne, Mitgli. Mr. 925 358, Paul Lange, I. Städte, Mitgli. Mr. 29 973; Göttingen: Bernhard Mölling, Mitgli. Mr. 852 161, Karl Stoll, Mitgli. Mr. 821 741, Karl Köning, Mitgli. Mr. 852 149, Max Cromer, Mitgli. Mr. 1 070 553; Ueckermünde: Otto Ganschow, Mitgli. Mr. 513 785, August Siebert, Mitgli. Mr. 934 476.

Arbeitsmarkt

Steingutfabrik Billeroy & Voß in Augsburg sucht sofort einen perfekten Frischabmaler sowie einen Unterhalsträger für alle vor kommenden Dekorationarten. Alterdarbeit. Offerten mit Lebenslauf sind zu richten an Billeroy & Voß, Seydlitzstraße 1 in Augsburg.

2 Maschinen-Glasmacher, Preßer mit Anhänger, verfügt eingearbeitet an Schiller-Küchler und Nebeskochmaschinen, suchen sofort oder später Stellung im In- und Ausland. Angebote an die Bezirkszahlstelle Kaufhalle/Ehrenberg erwünscht. Gefügt wird ein tüchtiger Glasbehälter für Blechstall. Wehrer & Co. G. m. b. H. Kristallglassfabrik, Neustadt-Baldnaab.

Tüchtiger Glaspreßer für Optik, Brillengläser, Linse jeder Art sucht sofort Stellung. Angebote an die Geschäftsstelle der Zahlstelle Ilmenau des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands (Abteilung Keramischer Bund).

</

FRAUEN UND MÄDCHEN

Die Frau im Wirtschaftsleben

Im heutigen Wirtschaftskampf kann man der Frau nicht genug Aufmerksamkeit widmen.

Im früheren Zeitalter gab es genügend Arbeiter, die die Frauen nur als Hausmutter und Arbeitseltern betrachteten. Es muß gelagt werden, daß es Zeiten gab, wo Frauen noch geschlagen wurden, wenn das Geld im Haushalt alle war oder der Mann dem Alkohol ziemlich zugesprochen hatte. Die Frau war eben Mädchen für alles, arbeiten von früh bis spät abends, Kinder von großer Zahl gebären und erziehen und haushalten mit wenigem Lohn.

Besonders in der Hausindustrie waren diese Zustände sehr scharf ausgeprägt. Es ist vieles besser geworden auf diesem Gebiet und welche junge Frau wird sich heute nur noch als Lasttier betrachten lassen. Es soll dabei nicht gesagt werden, daß die Frau heute keine großen oder nur geringe Aufgaben zu erfüllen hat. Sie wird auch heute noch mit in den Arbeitsprozeß eingespannt. In der Hausindustrie ist ein Arbeiten ohne die Frau undenkbar, ja sie trägt sogar die Hauptlast. Es ist aber wenigstens nicht mehr wie früher, daß sie sich nun noch alles gefallen lassen muß und eine reizliche Wahl von Kindern in die Welt setzt. Sie beansprucht eben auch mehr und mehr gleiches Recht. Während früher die Männer ihr Vergnügen in Wirtschaft suchten und die Frauen zu Hause mit den Kindern tüchtig blieben, sieht man heute die Familien gemeinsam an schönen Tagen wazieren gehen, in die ganze Familie treibt vielfach gemeinsam Sport, sowohl im Winter wie im Sommer.

Wenn es auch noch Ausnahmen gibt, so ist aber allgemein zu verzeichnen, daß auf diesem Gebiete große Fortschritte zu verzeichnen sind. Viel traut dazu bei, daß man es heute versteht und sich sagt, daß es nicht möglich ist, ein Dutzend Kinder für die kapitalistische Gesellschaft in die Welt zu setzen. Ein oder zwei Kinder trifft man nur noch in den jungen Arbeiterfamilien an. Es gibt nur noch einige Ausnahmen, die eben an dem alten Grundsatz festhalten.

Man muß sich nun fragen, ist dies alles von selbst gekommen oder hat es einer Aufflärung bedurft, daß die Frauen heute eine andere Einstellung einnehmen; als noch bis zum Kriegsausbruch? Hier muß ganz offen allen Frauen gesagt werden, daß dies einer großen Aufflärung bedurfte, um dies alles zu erreichen.

Auch hier muß ausgesprochen werden, daß es die Arbeiterorganisationen waren, die durch Jahrzehntelangen Kampf und Ausbildungsbetrieb den Frauen diese Stellung heute gegeben haben. Sind sich nun alle Frauen darüber im klaren, sind alle Frauen schon soweit aufgeklärt über all das, was ihnen von der Gewerkschaft und der Sozialdemokratie gegeben wurde? Nein! Sonst hätten nicht 50 Proz. Frauen einer Partei ihre Stimme geben können, welche die Frau wieder zurückdrängen will in die alten Zustände, und gerade der Nazi-Partei, deren thüringischer Minister Dr. Ritter erklärte, daß das achte Kind erst das beste Kind sein könnte, dabei ist er noch ein Junggeselle.

Die Frauen im Betrieb oder die Frauen von Betriebsarbeiten wissen wohl, wer ihnen ein besseres Dasein geschaffen hat. Anders die Frauen in der Hausindustrie und in der Landwirtschaft. Diese Frauen wissen überhaupt noch nicht so recht, etwas mit der Gleichberechtigung der Frau anzufangen. Sie freuen sich wohl, nicht mehr das Lasttier allein zu sein, aber sie verstehen noch nicht militärisch und militärisch, damit

auch noch die letzten Hindernisse beseitigt werden, welche immer noch ins Bild führen. Sie verstehen noch nicht die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die Krisen, die damit verbunden sind. Das ist nicht sonderlich verwunderlich, kennen doch selbst die Männer in der Hausindustrie und der Landwirtschaft diese Zusammenhänge nicht.

Die Funktionäre und Hilfsklasser haben in der Hausindustrie einen schweren Boden zu bearbeiten. Die richtigen Verhältnisse und die Einstellung der Hausarbeiterinnen, und besonders die Einstellung der Hausarbeiterfrauen zu wirtschafts- und politischen Fragen, kann nur derjenige erkennen, welcher Woche für Woche, Tag für Tag, trepp auf, trepp ab, die Wohnungen dieser Familien aufsucht. Man kann sich kaum ein Bild machen, welche Unserfahrbart noch anzutreffen ist. Es ist sehr schwer, die Arbeiterschaft von den wahren Ursachen zu überzeugen, welche uns die heutige Wirtschaftskrise gebracht hat. Die Frauen spielen dabei eine sehr eigenartige Rolle. Die Gleichberechtigung nützt sie nicht für sich und nicht im Interesse des Allgemeinwohls aus. Ist es schon schwer, das männliche Geschlecht über Wirtschaftsfragen aufzuklären, so deutet bei den Hausarbeiterinnen eine noch viel größere Schwierigkeit. Selbst wenn sich der Mann oder auch die Söhne in der Familie zur Gewerkschaft befehlen, so haben sie meistens mit den Einwendungen der Frau und Mutter zu rechnen und die größten Schwierigkeiten zu überwinden. Die Frau sieht nur die Beitragsleistung, und wenn sie jede Woche bezahlen soll, das paßt ihr nicht in den Kram.

Wir wollen nicht verkennen, daß es unter den traurigen Verhältnissen, besonders in der Hausindustrie, nicht leicht ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Es ist aber verkehrt, wenn sich die Frauen an der Beitragsleistung stören, von der sie viele Vorteile haben können. Früher nahm der Mann das Portemonnaie und ging ins Wirtschaftsamt, vielfach mußte die Frau sich nachts etwas herausstehlen, wenn sie etwas haben wollte. Heute gibt es wohl selten Familien, wo die Frau nicht das Geld in den Händen hat. Die Frau hat es somit in der Hand, auch über die Mittel mitzuvorwerfen, welche für den Wirtschaftskampf aufgebracht werden müssen.

Wir erwidern deshalb unsere Hauptanliegen mit in der Aufflärungsarbeit der Frauen, der Jugend und der Kinder.

Wilhelm Böhme

Der gesundheitliche Wert der Zwiebel

Zwiebeln waren im Altertum eine beliebte Volksküche. Sie müssen aber wohl damals weniger scharf, müssen wohl milde und ohne den Geruch gewesen sein, der sie bei übermäßigem Gebrauch „gesellschaftsunfähig“ macht.

Zwiebeln sind auch ein altes Mittel der Volksmedizin. Der Zwiebelsaft wurde als eine Art dorm- und magenreinigendes, die Schläcken beseitigendes Mittel betrachtet, auch als ein Heilmittel gegen die Gingivitis. — Die Zwiebel hat auch einen gewissen Nährwert und ist an Vitaminen nicht arm.

Bei Husten, Keiserkeit, Katarrhen der Luftwege gilt Zwiebelsaft als wirksam. — Im Osten und Süden der Mittelmeerländer verwendet das Volk die Zwiebeln auch gegen Infektionskrankheiten.

Gegen Infektionskrankheiten nicht Zwiebelsaft, auch gegen Hühneraugen und Warzen wird er im Volke verwandt.

FÜR UNSERE JUGEND

Was soll unser Kind werden?

Der Junge oder das Mädel kommen jetzt wieder mit der Schülerkarte für die Berufsberatung aus der Schule nach Hause. Damit geht für die Eltern und die Kinder wieder die Sorge um den künftigen Beruf los. Bis zur Schulabschluss ist zwar noch einige Monate Zeit, aber trotzdem ist es schon gut, daß jetzt die Frage: was soll das Kind werden, vorzulegen.

Die Beantwortung wird ja vom Kind und den Eltern aus erfolgen. Das Kind, das ja meistens mit einer gewissen Unlust in die Schule geht, glaubt, daß mit der Berufsarbeit ein neues, besseres und interessanteres Leben anfängt. Eine Angst vor dem Beruf wird man gewiß nur selten finden. Die Jugendweihe wird sehr leicht erwartet, denn danach soll man ja erwachsen sein, man wird arbeiten wie der Vater und die Geschwister, man wird vielleicht Geld verdienen. Welche Chancen für ein Kinderherz!

Über die Eltern sehen diesem Schritt ihres Kindes kaum mit den gleichen frohen Gefühlen entgegen. Sie haben Angst vor der Berufswahl. Sie fragen sich, sollen wir den Jungen in eine Lehre stecken, soll er uns noch länger auf der Tasche liegen oder soll er irgendwo Arbeit suchen und möglichst viel Geld verdienen? Auf die Wünsche des Kindes wird bei dieser Fragestellung sehr wenig Rücksicht genommen. Gewiß mit einemrecht, denn was will man nicht im Alter von vierzehn Jahren alles werden? Der Junge kann nicht darüber urteilen, was sich am besten für ihn eignet, daß können die Eltern schon besser. Aber die Eltern können leider meistens nicht danach jehen. Wie oft werden sie ihr Kind in eine Arbeit zwingen müssen, von der sie selbst sehr gut wissen, daß sie sich nicht für das Kind eignet. Aus demselben Grund werden die Eltern oft darauf beobachtet, daß Kind schnell in einen Beruf zu bringen. Sie müssen den Verbraucher loswerden. Aber wird nicht oft auch ausschließlich in diesen Dingen verfahren? Sollten nicht doch die Eltern sich überlegen, ob nicht eine mehrjährige Lehrzeit für ihr Kind vorteilhafter wäre? Das Kind in eine Arbeit mit Verdienst zu bringen, wird bei den augenblicklichen Wirtschaftskrisen außerdem nahezu unmöglich sein. Wo gibt es Arbeit? Deshalb müßten die Eltern unbedingt versuchen, eine Lehre für das Kind zu finden.

Die Eltern werden eluschen müssen, daß die Erziehung des Kindes und des Mädchens mit der Ausbildung noch nicht abgeschlossen ist. Die heutige wirtschaftliche und technische Entwicklung fordert von dem einzelnen das Höchste. Qualifizierte Kräfte werden gebraucht und „... für ist Schule und Berufzeit nötig.“ Die Eltern werden fragen: Sollte es sich denn überhaupt? Ja, es lohnt sich! Doch heute bei den schlechten Arbeitsverhältnissen sehen wir, daß gesetzte Kräfte nicht so stark von den Auswirkungen der Krise beeinflusst werden als ungelernte. Die Löhne für gelernte Arbeiter sind höher als für ungelernte, die Löhne für gelernte Arbeiter günstiger. Aber auch vom erzieherischen Standpunkt aus ist die Lehre für den jungen Menschen erforderlich. Beider ist die Entwicklung noch nicht so fortgeschritten, daß die Kinder des Proletariats dasselbe Recht wie die der bürgerlichen Welt genießen

das ganze spätere Leben des Kindes, sie ist entscheidend für das spätere Glück, Zufriedenheit und Wohlbefinden. Gerade was man an uns Alten gefehlt hat, daß man uns in Werke stellte, die uns nicht interessierten und die uns alle Lebensfreude nahmen sollte uns warnen, bei unseren Kindern ebenso zu verfahren. Es wird also darauf ankommen, in welchem Beruf das Kind auf Grund seiner geistigen und körperlichen Beliefschaftheit das Höchstmöglich an Leistungsfähigkeit erreicht. Die Eltern mögen noch einmal ermahnt sein, bei der Entscheidung über eine solche schwere Frage sachmännisch Rat einzuholen und dann auch zu befolgen.

Walter Blitt.

Jugendliche in der Großstadtfamilie

„Es scheint leichter zu sein, Einblick in die Gestaltung des Familienlebens bei den antiken Völkern oder bei primitiven Volksstämmen zu erlangen, als in das Familienleben der modernen Kulturreiche“, stellt Alice Salomon in einer Einführung zu Forschungen über Bestand und Entwicklung der Familie in der Gegenwart fest. Sie hat gar nicht so unrecht, denn die Vorgänge in der Familie werden zumeist vertraulich behandelt. Die Deutsche Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit hat sich die lobenswerte Aufgabe gestellt, eine Schriftenreihe über das Familienleben der Gegenwart herauszugeben in der als 4. Band eine Arbeit von Günter Krolla. Der Jugendliche in der Großstadtfamilie“ vorliest. Dieser Band enthält eine außerordentlich wertvolle Materialansammlung, weiß über 2000 Niederschriften Berliner Berufsschüler und -schülerinnen verwertet worden sind. Wenn sich die Untersuchung auch auf einen Kreis von Berufsschülern in Berlin beschränkt hat und deshalb nicht als allgemeingültig angesehen werden kann, so geben doch die Niederschriften einen Einblick in die Familiensituation. Auch das Ergebnis ist so, wie wir es als Sozialisten von einer sachlichen Unterforschung erwarten mußten: Es bestehen noch wertvolle Familienbeziehungen, aber es kann nicht gelungen werden, daß auch die gefährdeten und zerstörten Großstadtfamilie eine Massenercheinung geworden ist, für die in erster Linie ungünstige soziale und wirtschaftliche Verhältnisse die Schuld tragen.

Unter den sozialen Faktoren, die zur Zerrüttung der Familie beitragen, muß zuerst die Wohnungssnot genannt werden. Nicht alle Jugendlichen haben die Wohnungssfrage in ihren Niederschriften erwähnt, aber bei allen spielt sie eine große Rolle.

Ein Schriftlehrer schreibt:

„Unsere Wohnung liegt in einer Fabrikstraße, im Hinterhause vier Treppen hoch, und umfaßt eine Küche und eine Stube, sowie ein Klosett. Aus Mangel können wir nur zwei Betten aufstellen, müssen also dauernd zusammen schlafen, was immer unerträglicher wird. Man kann sich, wenn man den ganzen Tag gearbeitet hat, nicht einmal richtig auschlafen.“ Zu einer sozialen Aussage wird die Niederschrift eines anderen Schriftlehrerlings:

„Der Staat tut viel für die Jugend, aber den Kernpunkt, die Wohnung, vergibt er. Da wohnen wir mit vier Mann in Stube und Küche. Und was für eine. Vor dem Fenster ist eine große Mauer und ein dumpfer „Garten“, so daß die Wohnung so wie ein Gefängnis ist, dunkel, stinkig, und soll sie womöglich gemütlich sein. Wir brennen den ganzen Tag Licht, und ich bin zufrieden, wenn ich rausgehen kann.“ Eine solche Wohnung muss den Familienzusammenhang zerstören. Ein Schriftlehrer berichtet:

„Unsere Familie besteht aus 5 Personen und haben eine Küche und nur eine Stube. Da wir sehr eng wohnen, so treiben wir uns meistens im Außenhof um.“ Und ein anderer:

„5 Personen müssen in einer kleinen Stube schlafen und der Vater in der Küche, und die Kammer ist gar nicht zu beurteilen, denn dieselbe hat auf dem Dach ein kleines Fenster, wo keine Dachflächenklappe ist. Ich bin leider beim Wetter auf Hause.“

Auch die Statistiken des Reichsausschusses für Jugendpflege haben die schlimmen Wohnungsverhältnisse enthalten, in denen ein großer Teil der proletarischen Jugend zu wohnen gezwungen ist. Wie viele gibt es, die noch nicht einmal allein in einem Bett schlafen können? Die Wohnungen sind überfüllt. Durch dieses Auseinanderdrücken fühle ich mich zu Hause nicht wohl.“ Einige klagen darüber, daß die Wohnungen feucht und dunkel sind, und ein Buchbindler schreibt: „Wenn in der Buchbinderei Buchleiter gebraten und Wurstspüle gekocht wird, kommt mir der Kaffee von der letzten Einlegung hoch.“

Zu der Wohnungssnot kommt dann noch bei vielen die wirtschaftliche Not hinzu. Der Vater ist arbeitslos: „Wie lange wird Vater noch ohne Arbeit sein? Eine Frage der Zeit.“ Wie schlimm die Existenzunsicherheit viele Familien bedrückt, dafür nur die Niederschrift eines Schriftlehrerlings als Beleg:

„Mein Vater ist Buchhalter. Meine Mutter und Schwestern haben Bettwäsche. Bei uns ist augenblicklich eine bedrückende Stimmung, da mein Vater gelöscht wurde. Er war von 24 bis 27 stellunglos. Dann hat er ein Jahr gearbeitet und wurde wieder gefeuert; er ging vier Monate stampeln und arbeitete 7 Monat bis jetzt, wo er wieder stellunglos ist. Was nun werden soll, wissen wir nicht.“

Es läßt sich denken, wie leicht die Arbeitslosigkeit oder ein geringer Verdienst zu einem Konfliktstoff in der Familie werden können. Eine junge Arbeiterin schreibt darüber: „Ich erhalte oft Vorwürfe über meinen Verdienst.“

Besonders groß wird die Not in der proletarischen Familie, wenn ein Familiennmitglied frank wird. Schlimm sieht es in Lehrerfamilien aus. Infolge des übermäßigen Alkoholgenusses bringt der Vater am Vortage kein Geld nach Hause. Es kommt zu Streitigkeiten und zu Misshandlungen. Was für eine Familiensitzung muß ein Schriftlehrerling schildern:

„Mein Vater ist Alkoholiker und leicht reizbar. In seinem Zähnporn schlägt er oft die Wohnungseinrichtung in Klumpen. In den fünfzehn Jahren, die meine Eltern verheiratet sind, hat er siebenmal die Einrichtung zerstochen.“

In solchen Fällen trägt die Mutter die ganze Arbeitslast für die Erhaltung der Familie. Nebenbei kann man feststellen, um wieviel größer der Einfluß der Mutter als der des Vaters in der Familie ist. Typisch dafür ist die Neuheirat eines Schneiderlehrerlings:

„Vor der Mutter steht man sich wie gewöhnlich am besten. Denn es ist ja schon eine alte Regel die Vater Vaters wollen immer alles besser wissen wie ihre Eltern. Mit dem Ehemann möchte sie die Sache immer gleich ansprechen, wenn es ginge.“

Eine Anzahl Niederschriften können allerdings über gute Beziehungen zwischen Vater und Sohn berichten. Man kann ungefähr drei Gruppen von Jugendlichen unterscheiden: familiär gebundene Jugendliche, ferner solche mit gespannten und mit gelösten Familieneinheiten.

Die Familie erfüllt in vielen Fällen ihre erzieherischen und wirtschaftlichen Aufgaben nicht mehr. Die Sozialpolitiker und Jugendpfleger müssen deshalb helfen, die dringendsten Noten der Jugendlichen in der Großstadt zu beseitigen. Auch die Arbeiterorganisationen können helfen und ihren Einfluß auf die Freizeitgestaltung geltend machen. Dann braucht der Jugendliche nicht zu resignieren, sondern er wird zum Kämpfer wie einer Schriftlehrerling.

„Man darf auch nicht gleichzeitig werden, und sagen man muß es nehmen wie es kommt. Mein Sohn werde kämpfen, so lange ich lebe für das internationale Proletariat.“

